66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 1Gespalt. Zeile 4.50 M., Reklamezeile 18.– M.
Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Nationalanleihe, Reichsanleihe der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 119.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.– Mk., monatlich 12.– Mk. bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Sonnabend, 12. März 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Oberschlesien.

Berlin, 11. März.

Nach den bis heute mittag vorliegenden Nachrichten ist die Transportbewegung der Abstimmungsberechtigten auch weiterhin planmäßig verlaufen. Sämtliche aus West- und Mitteldeutschland abgelassenen Züge haben in der fahrplanmäßigen Zeit ihren Bestimmungsort erreicht. Es sind bis jetzt 20 Züge ohne Störung am Zielpunkt eingetroffen.

•

Das Reichsarbeitsministerium hat, wie uns mitgeteilt wird, Vorsorge getroffen, daß Erwerbslose, die zur Abstimmung nach Oberschlesien reisen, die Erwerbslosenunterstützung durch die bisher zuständige Gemeinde unter Verzicht auf die Kontrolle während der Dauer der erforderlichen Abwesenheit, und zwar wenn nötig vorschußweise, erhalten.

Warnung vor polnischen Agenten.

Beuthen, 11. März.

Auf den Bahnhöfen in Oberschlesien versuchen polnische Agenten sich an die aus dem Reiche kommenden Oberschlesier herzudrängen und ihnen die Ausweise und die Wahlkarten abzufordern. Sie geben sich als deutsches Empfangskomitee aus. Sowie sie die Wahlkarte haben, verschwinden sie damit auf Nimmerwiedersehen. Alle Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche seien darauf hingewiesen, daß niemand von deutscher Seite ihnen ihre Wahlkarten abfordert. Sie werden ersucht, ihre Wahlkarte keinesfalls aus der Hand zu geben.

Eine überflüssige Reise.

DA Paris, 11. März.

Den Blättern zufolge werden sich etwa zehn französische Abgeordnete nach Oberschlesien begeben, um sich durch unmittelbaren Augenschein von der korrekten Durchführung der Volksabstimmung zu überzeugen. — Wir fragen: Wird Herr Le Rond zu gleichem Zwecke auch zehn deutschen Reichstagsabgeordneten die Einreise nach Oberschlesien gestatten? Die Frage stellen, heißt sie schon beantworten. Man kann sich daher des Verdachts nicht erwehren, daß die sehr überflüssige Reise der französischen Abgeordneten die „korrekte" Durchführung der Abstimmung eher zu erschweren geeignet ist, als sie zu fördern und das „korrekte Durchführen" im Sinne der Franzosen heißen soll: polenfreundliche Durchführung.

Polnische Zweckklügen.

Berlin, 11. März.

Warschau richtet am 9. März an Alle einen Funkspruch über deutsche Truppenansammlungen an der oberschlesischen und posenschen Grenze. Dort beständen sich neben regulären Reichswehrtruppen auch freiwillige militärische Organisationen. Diese Behauptung ist unwahr. Sie verfolgt offensichtlich den Zweck, die bekannten militärischen Maßnahmen auf polnischer Seite zu rechtfertigen.

Einigung in der cilizischen Frage.

Paris, 11. März.

Havas meldet aus London: Briand empfing vor seiner Abreise nach Paris die osmanische Abordnung von Angora. Bereits seit zehn Tagen waren Verhandlungen im Gange, um zu einer Verständigung über die cilizische Frage zu gelangen. Im Laufe des Vormittags wurde diese Verständigung erzielt. Sie betrifft die schleunige Räumung Cilizien, den Austausch der Gefangenen, sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, sowie alle anderen Maßnahmen, die geeignet sind, die persönliche Sicherheit und den Besitz der Armenier und der übrigen Minderheiten in den geräumten Gebieten zu gewährleisten.

Zum Tode Datos.

TU Paris, 11. März.

Das „Journal" meldet aus Madrid, daß der Polizeipräsident und andere höhere Polizeibeamte ihren Abschied eingereicht haben. Der König soll den Beschluß heute unterzeichnen.

TU Madrid, 11. März.

In Espinar sind drei Leute, die mit dem Morde an Dato im Zusammenhang stehen sollen, festgenommen worden.

Madrid, 11. März.

Unter den vorgenommenen Verhaftungen meldet man die eines 15jährigen Syndikalisten, der erklärt haben soll, daß der Bund beschlossen habe, die Ermordung ins Werk zu setzen und daß das Los ihn getroffen hätte. Da er aber Furcht gezeigt hätte, habe man einen andern für ihn bestimmt.

Madrid, 11. März.

Maura wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Der österreichische Kanzler in London.

DA Wien, 11. März.

Bundeskanzler Dr. Mayr wird in London, wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, dem Obersten Rat ein umfassendes Wirtschaftsprogramm unterbreiten, von dessen Ausführung man die Sanierung Oesterreichs erwarten darf. Die wesentlichsten Punkte dieses Programms sind folgende: 1. Verzicht der Entente auf alle von Oesterreich zu leistenden Reparationen; 2. Neuregelung der Vorkriegsschulden; 3. Stundung der Rückzahlungen der bisher gewährten Kredite; 4. Lösung der Frage neuer Kredite.

Die Wirkung der Sanktionen — bei den andern!

Das Spiel mit der „neuen Konferenz".

TU London, 11. März.

Die „Morningpost" kommentiert ironisch die auftauchenden Nachrichten, die schon von einer neuen Konferenz mit Deutschland sprechen. Das Blatt behauptet, daß eine solche Konferenz zur Aufmunterung der Deutschen dienen würde und ein Beweis der Unsicherheit der Alliierten wäre.

Briand über London.

TU Paris, 11. März.

Die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten wird sofort nach Briands Rücktritt Schritte bei dem Ministerpräsidenten unternehmen, damit er die Kommission über die Londoner Verhandlungen unterrichtet, bevor er in der Kammer eine Erklärung abgibt. Infolge der Reise des Präsidenten der Republik nach Lyon kann Briand nicht vor nächstem Mittwoch vor der Kommission erscheinen. Am folgenden Tage wird die Debatte in der Plenarsitzung der Kammer stattfinden.

Paris, 11. März.

Morgen mittag findet im Elysée unter dem Vorsitz des Präsidenten ein Ministerrat statt, in dem Ministerpräsident Briand über die Londoner Konferenz Bericht erstatten wird. Einige Abendblätter glauben, Ministerpräsident Briand werde am Dienstag im Parlament Erklärungen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz abgeben.

England fürchtet für seinen Ueberseehandel.

TU London, 11. März.

In den „Financial Times" schreibt Harald Cox, daß die 50 Prozent in der Abgabe das Ergebnis haben werden, den Handel Deutschlands mit den neutralen Ländern auf Kosten der Alliierten zu fördern. Es sei wohl möglich, daß Bestimmungen getroffen werden, um auch den Handel mit den Neutralen zu treffen, aber jeder Mann wisse, mit welchen Schwierigkeiten die Abgabe von Ursprungszertifikaten verbunden ist. Noch schwieriger würde es sein, weil die englischen Kolonien sich weigerten, diese Maßregel einzuführen, dann würde England die überseeischen Märkte verlieren; aber auch ohne das würde Englands Ueberseehandel stark beschnitten werden.

TU London, 11. März.

Ein Aufsatz der „Times" über die Abgabe von 50 Prozent des Einfuhrpreises deutscher Waren in den alliierten Ländern gibt die Ansichten der englischen Geschäftswelt zu dieser Maßnahme wieder. Die Abgabe wird nach diesem Blatt in der Weise vor sich gehen, daß die deutschen Kreditoren für 50 Prozent ihrer Forderungen eine Quittung vom Schatzamt des Importlandes erhalten werden. Es scheint allgemein übrigens gewesen zu sein, daß die Bezahlung der Güter, die in Deutschland gekauft wurden, vor Verladung der Waren stattfinden mußte, und daß auch bereits bei Entgegennahme der Bestellung ein Akkreditiv gefordert wurde. Die „Times" weisen darauf hin, daß die Möglichkeit bestehe, daß der deutsche Exporteur sich weigert, mit 50 Prozent seiner Forderung zufrieden zu sein und deshalb auch die Lieferung seiner Waren verweigern wird. Der englische Kaufmann kann dadurch in Ungelegenheiten kommen, besonders dann, wenn er auf Grund der früher in Deutschland getätigten Abschlüsse die noch nicht gelieferten Waren im Inlande oder an andere Märkte bereits wieder verkauft hat. Nach den „Times" ist die Möglichkeit besonders zu berücksichtigen. Viele englische Importeure haben deshalb auch bereits aus eigener Initiative ihre in Deutschland aufgegebene Bestellung rückgängig gemacht und die Beträge in Mark, mit denen sie sich versehen hatten, wieder veräußert. Eine weitere Schwierigkeit sei die folgende: Die Kaufverträge sind meistens schon in Mark abgeschlossen. Welchen Betrag wird nun der englische Importeur an das Schatzamt seines Landes zahlen? Man erwartet, daß die Eingzahlung der 50 Prozent zu dem Kurs erfolgen wird, zu dem der Importeur seine Mark gekauft hat. Sollten aber die Schwierigkeiten dieser Methode zu groß sein, so dürfte es das einfachste sein, eine Steuer auf die deutsche Einfuhr speziell zu erheben.

Belgische Bedenken.

TU Amsterdam, 11. März.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Telegraaf" schreibt seinem Blatt: Daß in belgischen politischen Kreisen eine gewisse Unruhe über die Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland besteht, ist nicht in Abrede zu stellen. Der Antwerpener Stadtverordnete Strauß sprach die Befürchtung aus, daß das Zollregime unter französischem Einfluß mit schutzzöllnerischer Absicht angewandt würde. Der Korrespondent sagt weiter, daß, während die belgischen Kaufleute eine Verminderung der deutschen Ausfuhr über Antwerpen befürchten, die Industrie sich einer Erhebung von Zöllen auf deutsche Waren widersetzen müsse, die als Rohstoffe dienen. Auch in parlamentarischen Kreisen in Brüssel ist man nach der „Libre Belgique" der Meinung, daß die tiefeingreifenden wirtschaftlichen Sanktionen einen verhängnisvollen Einfluß auf den Handel haben könnten.

Die italienischen Vorbehalte.

Rom, 10. März.

Der „Tribuna" wird aus London telegraphiert: Die Frage der Beschlagnahme der Zahlungen seitens der Ententemächte für die aus Deutschland bezogenen Waren ist so verwickelt, daß Graf Sforza sofort eine grundsätzliche Einwendung machen mußte. Er erklärte, er könne seine Billigung nur im allgemeinen geben, bevor er nicht mit die Fachmänner der Regierung, sondern auch die interessierten italienischen Industrie- und Bankleute zur Beratung herangezogen habe.

Er hat sich überdies vorbehalten, einen etwaigen Entwurf der Sachverständigen dem Parlament zu unterbreiten.

„Resto del Carlino" prüft die internationale Lage vom italienischen Gesichtspunkte aus und schreibt: Es sei gut, daß, wenn keine italienischen Soldaten sich im Rheinland befinden, Italien doch in der Rheinischen Interalliierten Kommission vertreten sei, damit es dort die Versöhnungspolitik Sforzas weiter vertreten könne.

Der Neapeler „Mattino" sieht die Lage pessimistisch an, indem er der Meinung Ausdruck gibt, daß schwierige Komplikationen entstehen könnten.

Neutrale und Sanktionen.

Basel, 11. März.

Der Berner Korrespondent der „Baseler Nationalzeitung" verweist auf die Folgen, die aus der Kontrolle des zwischenstaatlichen Warenaustausches der Schweiz mit den Ententeländern entstehen würden und fragt, ob wieder die S. S. mit allen ihren Schikanen und Vorschriften ins Leben treten solle. Die größte Schwierigkeit würde insbesondere die Frage bieten, ob von dem Einfuhrverbot der Ententestaaten auch Schweizer Erzeugnisse, deren Bestandteile deutscher Herkunft sind, betroffen werden sollen. Der Korrespondent betont sodann, daß für die Unterbindung des wirtschaftlichen Verkehrs vertragliche Voraussetzungen im Völkerbundspakt fehlen. Nach diesem können Neutrale nicht dazu angehalten werden, ihren wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland aufzugeben.

Helsingfors, 11. März.

„Svenska Tidningen" kennzeichnet die Londoner Beschlüsse als Gewaltpolitik. Diese vom Westen vorrückende Barbarei sei ein Wahnsinn. Das Blatt gibt der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland die Sklavenketten abschütteln und die paraféstärken Kontrollkommissionen heimsenden werde, sobald die Wellage es gestatte. Anlaß zur Freude hätten bei dieser Sachlage nur die Bolschewisten.

Die Abreise der Entente-Delegierten.

TU Mailand, 11. März.

„Secolo" meldet aus London: Briand reist heute früh nach Paris zurück. Loucheur und Barthou bleiben noch in London. Graf Sforza muß so lange in London bleiben, bis die österreichische Frage erledigt ist.

TU Calais, 11. März.

Marschall Foch, begleitet von den Generälen Weygand und Nollet, traf gestern um 2,50 Uhr in Calais ein und ist nach Paris weitergefahren.

Der „Krieg am Rhein".

Düsseldorf, 11. März.

Die Besatzungsbehörden haben die Verordnung, wonach sich in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens auf der Straße niemand aufhalten darf, zurückgenommen.

TU Duisburg, 11. März.

Auf Anordnung des Befehlshabers der Besatzungstruppen sind alle im Offiziersrang stehenden Personen sofort namhaft zu machen.

•

TU Genf, 11. März.

Wie die Agence Havas aus Mainz meldet, ist die Besetzung des rechtsrheinischen Gebietes in der Weise abgeschlossen worden, daß die Vorposten der Alliierten 6 Kilometer östlich von Düsseldorf, 4 Kilometer im Osten von Duisburg und 3 Kilometer im Norden von Ruhrort stehen.

•

TU Berlin, 11. März.

Wie verlautet, ist seit dem 9. März die britische Zensur für die Sendungen von Köln nach Berlin und von Köln nach Münster eingerichtet worden. Die Franzosen zensieren Telegramme aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und dem Saargebiet. In Mainz werden Orts- und Fernsprüche durch französische Militärpersonen überwacht.

Gegen die Sanktionen.

Köln, 11. März.

In der heutigen Sitzung der Handelskammer hielt deren Vorsitzender Geh. Kommerzienrat Dr. L. Hagen eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, daß bei der großen Kluft zwischen den Forderungen der Entente und der für Deutschland auch bei höchster Anspannung der Kräfte möglichen Leistungen die Wiederholung der Forderungen niemanden überraschen könne. Was jetzt not tue, sei, daß die Regierung steif und fest auf der Ablehnung verharre.

Harding und Knox.

Washington, 11. März.

Havas-Meldung.

Ein Vertrauter des Präsidenten Harding wird demnächst nach Europa fahren, um sich über den Völkerbund zu unterrichten. Senator Knox schloß sich der Auffassung des Präsidenten Harding über die Notwendigkeit der Vertagung der Entschließung an, die die Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland fordert.

Italienische Hemmungen.

Von

Dr. Curt Heinrich.

In einer Unterredung, die ich kürzlich mit einem Italiener über die römische Politik hatte, kam er immer wieder achselzuckend auf das Wort „Hemmungen" zurück, von dem wir dann gemeinsam feststellten, daß es eine doppelte Bedeutung hat. Die italienische Regierung hat seit jener ersten alliierten Ministerkonferenz über die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles in San Remo bewußt und zäh, mäßigend und hemmend auf die rücksichtslose Siegausbeutungspolitik Frankreichs und Englands gegen Deutschland einzuwirken gesucht. In römischen Kreisen wird auch behauptet, daß in dieser Hinsicht Erfolge erzielt worden seien, von denen man mit Rücksicht auf das nationalistische Publikum Frankreichs nichts in die Oeffentlichkeit gebracht habe. Vor allem sei es von großer Bedeutung gewesen, daß Italien sich bei verschiedener Gelegenheit, wo der französischen Maßlosigkeit eine englische Zurückhaltung gegenüberstand, sich offiziell der letzteren angeschlossen hat, was der Londoner Regierung es möglich machte, ohne die französische Empfindlichkeit allzusehr gegen sich aufzubringen, ihre Ansichten durchzusetzen. Wenn freilich Lloyd George sich mit der französischen Regierung unter der Hand geeinigt hatte, wie das in sensationeller Weise zuletzt in Paris und in London geschehen ist, dann entfiel für die italienischen Staatsmänner die Möglichkeit, erfolgreiche Opposition zu machen. Graf Sforza dürfte das sicher bitter empfunden haben. Er weiß, daß man nicht nur in Deutschland über seine Haltung in London enttäuscht sein mußte, sondern daß auch in Italien selbst im Publikum — entgegen der „realpolitisch" orientierten Billigung des größten Teiles der Presse — vielfach Kritik an seiner Passivität geübt wird.

Auch in Italien will man sich eben wohl nicht überall den Umfang und die Stärke der „Hemmungen" eingestehen, von denen man selbst betroffen ist. Man empfindet gerade, weil in dem letzten Jahre in dem Lande sehr viel wertvolle Arbeit geleistet und die politische Vernunft trotz aller hitzigen Parteiauseinandersetzungen früher als irgendwo anders wiedergekehrt ist, es als peinlich unlogisch, daß Italien von den beiden verbündeten Westmächten einmal wirtschaftlich gleichgültig oder gar unfreundlich behandelt wird, wofür man besonders auf die Niederhaltung der italienischen Valuta hinweist, und daß man ihm andererseits doch bewehrt, seine selbständigen Interessen durch eine neue methodische Verständigung mit Deutschland, unbeschadet aller Ansprüche auf die Kriegsentschädigung zu verfolgen.

Man empfindet es peinlich, aber man kann Tatsachen nicht aus der Welt schaffen und deshalb wird jedermann, wenn die Uebermacht und der Uebermut der siegreichen Entente besonders kraß zutage treten, wie eben jetzt in London, von den maßgebenden politischen und geschäftlichen Kreisen der Anschluß an London und Paris mit krampfhaftem Eifer verkündet. So taten die italienischen Blätter nach dem Abbruch der Londoner Konferenz bitterböse gegen Deutschland, dessen schlechten Willen sie zum Teil genau so verdächtigten wie ihre Pariser Kollegen. Denn, so war die erste Argumentation: wenn Deutschland schon einmal zur Zahlung ungeheurer Summen vergewaltigt werden soll, dann wollen wir uns eine möglich hohe Quote und deren möglichst rasche Realisierung sichern, was leider nur zu sehr von dem Wohlwollen der allmächtigen Entente abhängt. Dazu kam, daß man auch in Italien von dem wirtschaftlichen Niederreißen Deutschlands wirtschaftlich nachteilige übertriebene Nachrichten erhalten hat und diesen die eigenen großen Nöte gegenüberstellt. Außerdem ärgert man sich überhaupt über die deutsche Politik, von der man nicht weiß, ob sie unpraktisch ehrlich oder ganz hinterhältig ist. Alles in allem war man über das unerwartete Scheitern der Londoner Verhandlungen sehr enttäuscht und da man nichts gegen die Alliierten zu sagen wagte, schimpfte man — wenigstens öffentlich — auf Deutschland.

Auch diese Reaktion ist freilich nicht sehr nachhaltig gewesen. Der Gedanke einer Beschlagnahme eines Teiles des deutschen Ausfuhrwertes erregte sofort dieselben heftigen Bedenken, die schon nach den Pariser Beschlüssen sämtliche Handelskammern des Königreichs wie die Ausschüsse der Kammer und des Senats für Finanz- und außenpolitische Fragen gegen die zwölfprozentige Steuer auf die deutsche Ausfuhr ausgesprochen hatten. Die italienische Regierung dürfte sich denn auch gegen die praktische Ausführung dieser Sanktion, so weit es an ihr liegt, bis zur letzten Möglichkeit sträuben. Ohne die deutsche Einfuhr sind zweifellos viele Teile des italienischen Wirtschaftslebens einer weiteren Entwicklungshemmung ausgesetzt, was vermehrte Arbeitslosigkeit, neues Aufflackern innerer Unruhen und auch Verschlechterung der Valuta zur Folge haben würde. Denn der Import aus den valutastarken Ländern ist einmal für Italien finanziell ruinös, besonders durch deren bitter beklagte ausbeuterische Rücksichtslosigkeit, und entspricht auch meist nicht technisch so den italienischen Bedürfnissen, wie das die jahrzehntelange deutsch-italienische Geschäftsverbindung ermöglicht hat.

Freilich auch an der neuen deutschen Exportpolitik haben manche Italiener viel auszusetzen, was bei der Polemik, als man nach dem Scheitern von London Deutschland nun doch aufgeben zu müssen glaubte, auch zum Ausdruck kam. Und es ist kein Wunder, daß die französische Botschaft diese Gelegenheit benutzte, um in alt bekreundeten Blättern den Schaden der deutschen geschäftlichen „Invasion" für die italienische Industrie einmal wieder hervorheben zu lassen. So wird in langen Artikeln geklagt, daß Deutschland auf raffinierte Weise möglichst nur Fertigfabrikate nach Italien ausführe, besonders Eisen- und Kurzwaren, welche die einheimische Industrie, die vor allem Kohle und Rohstoffe braucht, vollends brach lege. Dabei wird eben auf die Gedankenlosigkeit des lesenden Publikums spekuliert.

Schall u. Rauch
1. Gr. Schauspielhaus
Tel.: Norden 8663.
Anf. 7½ Ende 9½
Kurt Warnebold
Victor Schwanecke
Isabel Herma
und das
große Kärre-Programm
Eintrittspr. v. 5–35 M.

Theater, Konzerte usw.
Spielplan für Sonnabend, den 12. März.

Opernhaus.
(62. Abonnem.-Vorstell.)
Josephs-Legende.
Vorstellung.
Anfang 6 Uhr.

Schauspielhaus.
(59. Abonnem.-Vorstell.)
König Richard III.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater.
7 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.

Kammerspiele.
7½ Uhr: Der König der dunklen Kammer.

Gr. Schauspielhaus.
7 Uhr: Zum 1. Male: Der Kaufmann von Venedig.
(Außer Abonnement.)

Direktion: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater.
7½ Uhr: Ein idealer Gatte.

Deutsch. Künstler-Th.
7½ Uhr: Die Scheidungsreise.
Direktion: Meinhard-Bernauer.

Th. i. d. Königgr. Str.
8 Uhr: Josmo Selim: Heitere Kunst.

Komödienhaus.
7½ Uhr: Das weiße Lämmchen.

Berliner Theater.
7½ Uhr: Die spanische Nachtigall.

Volksbühne
Th. am Bülowplatz.
2½ Uhr: Vorstellung der Jugendvolksbühne. Das Postamt. Die Komödie d. Irrungen.
7 Uhr: Wallensteins Tod.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Kloiterstr.
½8 Uhr: Lady Windermeres Fächer.

Trianon-Theater.
8½ Uhr: Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf. Das Abschieds-Souper.

Kleines Theater.
½8 Uhr: Casanovas Sohn.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
7½ Uhr: Die Postmeisterin mit Molly Wessely.
Stg. 3½ U.: Deserteure.

Dt. Opernhaus.
Abends 7 Uhr:
Die Fledermaus.

Friedr.-Wilh. Theater.
7½ Uhr:
Hoheit die Tänzerin.

Kl. Schauspielhs.
Fasanenstr. 1 (N. Bhf. Zoo).
7½ Uhr: Reigen.

Komische Oper
Nikolaiviertel 7½ Uhr:
Zigeunerblut.
Sonntag 3½ Uhr: Der Biberpelz.

Lustspielhaus.
7½ U.: Arnold Rieck in
Die Mausefalle.

Metropol-Theat.
Heute wegen Vorbereitung geschlossen.
Erstaufführung
D. blaue Mazur
in einigen Tagen.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
D. Hollandweibchen.

Neues Operettentheat.
7½ Uhr: **Fritz Werner.**
Der lackierte Ehemann.
Marie Ottmann, Flohr, Morgan, Herold, Augustin, Wurmser.
Stg. 3½ Uhr: **Die Czikosbaronesse.**

Schiller-Theat. Chart.
8 Uhr: **Don Carlos.**
7½ Uhr: **Doktor Klaus.**

Thalia-Theater.
7¼ Uhr: **Mascottchen**
mit Hilde Börner, Ellie Kreith, Johannes Müller, Emil Birron, Fritz Eckmann.

Theat. a. Hollendertpl.
8¼ U.: **D. Zauberflöte.**
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Stg. 3½ Uhr: **Der Vielgeliebte.**

Theater des Westens.
7½ Uhr:
Schwalbenhochzeit.
Stg. 3½ Uhr: **Frau im Hermelin.**

Th. i. d. Kommand.-Str.
(früh. Hermfeld-Theater).
7½ Uhr:
Der verjüngte Adolar.

Wallner-Theater.
7½ U.: **Die Tanzgräfin.**
Stg. 3½ Uhr: **Eine Weihnacht.**

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Der Vogelhändler.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftl. Theater.
8 Uhr: Prof. **Boerke:**
Zur Nord- und Ostseeküste.
Hörsaal:
8 Uhr: Kunsttischler **Kimbel: Tischlerei.**

WINTERGARTEN
Reines Varieté-Programm!
Rauchen gestattet!

Reichshallen-Theater.
Abends 7½ Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger!
Nachm. halbe Preise!

Varieté Dönhoff-Brettl.
Anfang 6 Uhr.
Sonntags 5 Uhr.

7½ Uhr **Apollo** 7½ Uhr
Sensation!
Mad. Dubarry's
Liebesleben
mit d. weltberühmten
Saharet.

Admirals-Palast.
Keine Vorstellung!

Effektenbeamter
34 Jahre alt, wünscht sich p. 1. 4. cr. zu verändern. Angebote u. **S. 998 Exp. d. Ztg.** (3862)

Möbel
Höchste Preise erzielt durch Versteigerungen
Max Meyer
konz. Auktionator.
Berlin - Schöneberg,
Grunewaldstr. 63, II
Gerspr.: Stephan 710.

Denn wer anders verkauft dem Deutschland, mehr Kohlen nach Italien zu liefern, als die Entente durch ihre Vorzugsstellung. Die zu Wege gebracht hat, daß Frankreich heute Ueberfluß an Kohlen hat und einen Teil davon nach Holland verschiebt, während Italien, das ja gleichgeitig als „armer Verwandter" und Konkurrent betrachtet wird, trotz seiner artigen Haltung, so gut wie nichts abbekommt.

Deutschland wird durch alle „Hemmungen" der italienischen Politik hindurch eine methodische Flucht Ausgestaltung seiner gesamten Beziehungen zu Italien nie aus dem Auge verlieren dürfen. Die innere Konsolidierung Italiens macht trotz der vielen und zum Teil recht blutigen Zusammenstöße — Florenz, ganz Toscana, Bari, Triest — zwischen Sozialisten und Faszisten, die man wohl am besten als mehr oder minder nationalistische Antisozialisten bezeichnet, weitere Fortschritte. Es ist zum Teil nachgrollender Donner der sozialen Krisis vor einem Jahr, zum Teil hier und da hitzige Empörung gegen fortbestehende Wirtschaftsnöte, die parteipolitisch ausgebeutet werden. Aber die Brotpreiserhöhung ist nach langen parlamentarischen Kämpfen Gesetz geworden, das Defizit ist von zehn auf vier Milliarden herabgemindert und die Regierung hat auch bei den letzten Zusammenstößen zwischen rechts und linksstehenden Hitzköpfen, bei ruhiger Wahrung ihrer Autorität, ernste Zwischenfälle vermieden.

Wenn trotzdem das Ministerium und auch Giolitti persönlich — vor allem in der Turiner „Gazzetta del Popolo" heftig angriffen und überall von bevorstehenden Neuwahlen gesprochen wird, so hängt das einmal mit der Müdigkeit der Rechtsparteien und einem Teiles des Bürgertums gegen die Sozialpolitik der Regierung — Betriebskontrolle — und angeblich übertriebene arbeiterfreundliche Haltung zusammen, dann aber eben auch mit einer allgemeinen Parlamentsverdrossenheit, die durch das vielfach rein egoistische, rücksichtslose und kleinliche Parteiwesen — z. B. wochenlange Obstruktion gegen die Brotpreisvorlage — hervorgerufen ist. Man erwartet nun vielfach optimistisch Besserung von einer Blutauffrischung und neuen Examinierung der Parteien.

Aber auch die Bedenken gegen einen Wahlkampf, der die glimmenden Leidenschaften neu entfachen würde, sind stark und die Rechte, die Giolitti so scharf kritisiert, fürchtet außerdem, daß sein Nachfolger, der ihr noch viel weniger genehme radikale Nitti werden könne. Da die „onoro voli", die ehrenwerten Deputierten natürlich auch nicht viel Lust haben, um ihr Mandat neu und mit zweifelhaften Aussichten zu kämpfen, werden die Neuwahlen wohl noch nicht so bald stattfinden.

Neues Verbot der Selbstschutzorganisationen.

Berlin, 11. März.

Wie die „Dena" von unterrichteter Seite hört, ist ein Gesetzentwurf über das Verbot von Selbstschutzorganisationen in Vorbereitung.

Der Entwurf verbietet nochmals Vereine, Selbstschutzorganisationen und sonstige Vereinigungen, deren Mitglieder im Waffengebrauch geübt werden und die sich mit Angelegenheiten befassen, die auf eine Wehrmachtmachung hinzielen. Der Regierung ist kampfsichtlich darum zu tun, daß eine einheitliche Anwendung der bezüglichen Vorschriften verbürgt wird. Zu diesem Zwecke werden der Reichsminister des Innern oder entsprechende Kommissare ermächtigt, die notwendig erscheinenden Anordnungen zu treffen. Auch wird ein vom Reichstag gewählter Beirat von 15 Personen bestellt, dessen Zustimmung bei gemäßgelegenden Ausführungen einzuholen ist. Das Verbot soll für das ganze Reichsgebiet wirksam sein und alle Vergewöhnungen der Vereinigung sowie neue Vereinigungen erfassen, die sich sachlich als Fortsetzung der verbotenen darstellen. Strenge Strafbestimmungen gegen Zuwiderhandlungen sind vorgesehen.

Strafanträge im Anlockprozeß.

TU Breslau, 11. März.

Im ersten Breslauer Kapp-Putsch-Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Walter und Bistup wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlungen die höchste zulässige Strafe von je 5 Jahren Gefängnis, gegen Bressa eine solche von 4 Jahren Gefängnis.

TU Breslau, 11. März.

In längerer Rede führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rogiune aus, daß bei jedem der Angeklagten eine fortgesetzte selbständige Handlung vorliege. Die Angeklagten hätten Vergeltungsjustiz geübt, und die Lynchjustiz sei von vornherein beschlossen gewesen. Trotz des erdrückenden Beweismaterials hätten die Angeklagten alles in Abrede gestellt. Der Staatsanwalt hält die Angeklagten im vollen Umfange für überführt. Der Amnestieerlaß vom 4. August 1920 könne hier nicht angewendet werden. Es handle sich hier nicht um die Abwehr politischer Angriffe. Nach den eigenen Angaben der Beschuldigten hätten sich dieselben nie mit Politik befaßt. Erschwerend kommt in Frage, daß der Oberleutnant von Sulok ausdrücklich einen Befehl erlassen habe, die Mißhandlungen sollten unterbleiben. Er habe hierin zum Ausdruck gebracht, daß es eine Schande sei, wehrlose Soldaten zu mißhandeln. Walter als Vorgesetzter müsse mit dem gleichen Maße gemessen werden wie Bistup, wenn letzterer sich auch schwerer vergangen habe.

— **Der Reichsrat** hielt am Freitag abend unter Vorsitz des Ministers Giesberts eine öffentliche Vollsitzung im Reichstagsgebäude ab. Dem Entwurf des Haushaltes des Reichspostministeriums für das Rechnungsjahr 1920 und 1921 wurde nach dem Bericht des Gesandten Rhden in die Zustimmung erteilt. Der Berichterstatter betonte die dringende Notwendigkeit, daß einer Wiederholung einer Verzögerung, wie sie in diesem Jahre bei Beratung des Haushaltes eingetreten sei, unbedingt vorgebeugt werden müsse. Im allgemeinen sei der Etat in der Kommissionsberatung unverändert geblieben, nur zum Ausbau — wenn auch in bescheidenem Maße — der Postkraftwagen-Linien sind drei Millionen mehr als in dem Vorausschlag vorgesehen eingestellt worden. Für diese Zwecke fordert der Haushalt somit den Betrag von 33 481 000 Mark. Mit der Vorberatung eines Gesetzentwurfs zur Ausführung der Art. 77 und 78 des Friedensvertrages beschäftigte sich bis in die späten Abendstunden ein Ausschuß des Reichsrates. Die Plenumverhandlung dieses Gegenstandes wurde auf Sonnabend mittag 1 Uhr vertagt.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Verantwortliche Redakteure: für den handelsteil: M. Schmiedecke, Berlin-Wilmersdorf; für den politischen Teil: Friedrich Stampfer, Charlottenburg; Anzeigenteil: Anzeigen Dr. Richard Ziegler, Berlin; für Kunst, Wissenschaft und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Rühmann, Berlin-Friedenau. Für den Internationalen verantwortlich: Heinrich Hongsbach, Berlin-Charlottenburg.
Verlag und Druck: Berliner Vorwärts-Druckerei und Verlag: Ges. m. b. H., Berlin SW 68, Kochstraße 48.

Die neuen Forderungen der Ruhrbergleute.

TU Essen, 11. März.

Bei den jüngsten Beratungen im rheinisch-westfälischen Bergbau ist von den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Mk. je Schicht für Gedinge und 6,40 Mk. je Schicht für sonstige Arbeiter verlangt worden. Außerdem wurde als Ausgleich für die nach dem Willen der Bergarbeiterverbände in Zukunft wegfallenden Ueberschichten eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Mk. je Schicht gefordert.

Diese Forderungen bedeuten eine Lohnerhöhung um 30 Prozent des bisherigen Betrages und würden die Selbstkosten je Tonne Kohlen um 50 bis 60 Mark erhöhen.

England und die Kündigung des Ueberschichten-Abkommens.

TU Berlin, 11. März.

England beginnt sich für die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland zu rüsten, da erwartet wird, daß infolge der Kündigung des Ueberschichtenabkommens ein derartiger Kohlenmangel in Deutschland eintritt, daß die Zufuhr englischer Kohle notwendig wird. Aus Kreisen des englischen Kohlenhandels verlautet, Deutschland werde nach englischer Ansicht einen monatlichen Förderungsausfall von 900 000 bis 1 Million Tonnen erleiden und werde diesen Ausfall bis zur letzten Tonne decken müssen, da keine Aussicht dafür bestehe, daß die Ententeforderungen nach Kohlen gemildert würden. Für den Ausfall käme die englische Kohle in erster Linie in Frage, da sie auf dem Wassermege dem Industriegebiet leicht zuzuführen sei. Es komme nicht so sehr darauf an, ob die englische Kohle teurer als die rheinisch-westfälische Kohle bleibe, da die Industrie kaufen müsse, um weiterarbeiten zu können. Man nehme aber an, daß angesichts der neuen Lohnforderungen der Ruhrbergleute sich der jetzige Preis für Ruhrkohle nicht halten lasse und sich bald von der englischen nicht sehr stark unterscheiden werde. Der Haltung der englischen Gewerkschaften angesichts dieser Lage sehe man indessen nicht ohne Sorge entgegen.

Der Fall Nicolai.

Abgewiesene Klage.

Bekanntlich hatte Professor Nicolai gegen den gesamten Senat der Berliner Universität, der im verflossenen Jahre gegen ihn ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht und in seinem Urteil zu der Erkenntnis gekommen war, daß Professor Nicolai nicht würdig sei, sein Lehramt an der Berliner Universität weiter zu bekleiden, eine Klage angestrengt, mit der sich das Landgericht I beschäftigt hatte.

Gestern wurde das Urteil verkündet. Die Klage Professor Nicolais gegen den Senat der Universität wurde abgewiesen. Das Gericht ist in seinem Spruch den rechtlichen Ausführungen des Beklagten gefolgt, wonach der Rechtsweg unzulässig ist und die formell juristische Voraussetzung für eine Unterlassungsklage nicht gegeben ist. Wie wir hören, wird Professor Nicolai gegen das Urteil Berufung einlegen. Der Kläger beabsichtigt, jetzt auch einen Schadenersatzanspruch geltend zu machen und dadurch die Voraussetzung zu schaffen, daß sich das Gericht mit dem Urteil des Senats in materieller Beziehung befaßt.

Reichskonferenz der U. S. P. D.

Nach einer Meldung der „Freiheit" findet am Sonntag, den 20. und Montag, den 21. März 1921, eine Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Berlin im Reichstage statt.

Eingeladen sind die Reichstagsfraktion, Vertreter der Landtagsfraktionen, Vertreter der Bezirksleitungen resp. Sekretäre, Redaktionen der Parteizeitungen, Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission.

Ueber die politische Situation berichtet Hilferding; über die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien Crispien.

Kleine Nachrichten.

Der thüringische Landtag hat heute die vorläufige Verfassung für Thüringen endgültig verabschiedet. Aus diesem Anlaß hat die thüringische Landesregierung eine Amnestie für politische und disziplinarische Vergehen erlassen.

•

Es verlautet, daß Mirron T. Herrick, der im Augenblick der Kriegserklärung amerikanischer Botschafter in Paris war, wieder zum Botschafter in Paris ernannt werden würde.

•

Das litauische Kabinett hat beschlossen, den Vorschlag des Völkerbundsrates betreffend die Aufnahme unmittelbarer litauisch-polnischer Verhandlungen in Brüssel anzunehmen.

•

Zeligowski hat den Generalstabsobersten Bliechinski zum Befehlshaber der Armee Zentrallitauens ernannt.

•

Die Verlobung der Prinzessin Margarete von Dänemark, Tochter des Prinzen Waldemar, mit dem Prinzen René von Bourbon, dem Bruder der ehemaligen Kaiserin Zita von Oesterreich, wurde heute bekanntgegeben.

•

Zwischen dem Heiligen Stuhl und England sind Verhandlungen im Gange, um die Rückkehr der ausgewiesenen deutschen Missionare nach den englischen Kolonien zu ermöglichen.

•

Im Wasserturmprozeß wurden sämtliche 15 Angeklagte freigesprochen.

•

Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

— **Verkehrspläne des Nordeutschen Lloyd.** Der Nordseebäderdienst des Nordeutschen Lloyds soll im kommenden Sommer wieder in erweiterten Umfange betrieben werden. Der Norddeutsche Lloyd beabsichtigt wie früher seine Fahrten über See von Bremerhaven und Wilhelmshaven nach Wangeroog auch in diesem Jahr Mitte Juni wieder aufzunehmen und bis September durchzuführen. Die regelmäßigen Fahrten von Bremerhaven über Helgoland nach Norderney, die im vorigen Jahre auf den Monat August beschränkt bleiben mußten, werden von Ende Juni bis Anfang September an zwei Tagen jeder Woche ausgeführt, Sonntag stoßt nur von Bremerhaven nach Helgoland und zurück. Neu hinzukommt eine Linie von Bremerhaven über Helgoland nach Borkum, die allerdings vorläufig nur an wenigen Tagen im Juli und August gefahren wird.

Die innere Lage in Italien.

Rom, 10. März.

Infolge der letzten Unruhen hat die Polizei eine Suche nach verdächtigen Ausländern vorgenommen. In Neapel wurde ein Priester verhaftet, der in die Angelegenheit des Grafen Karolyi verwickelt sein soll. In Genua wurden etwa 20 Ausländer festgenommen; unter diesen befinden sich sechs Deutsche.

•

Rom, 10. März.

Aus Spalato trifft die Nachricht ein, die Räumung Dalmatiens durch die italienischen Truppen werde Mitte April beginnen und bis Mitte Mai zu Ende geführt sein.

Der Aufstand in Rußland.

TU London, 11. März.

Reuter berichtet: Laut einer Meldung der „Times" aus Reval breitet sich der Aufstand in Rußland weiter aus. Der Ernährungszustand ist äußerst kritisch. Seit dem 11. Februar sind aus Sibirien keine Lebensmittel-transporte mehr angekommen. 40 000 kommunistische Truppen nähern sich Petersburg. Von ihrer Zuverlässigkeit ist man aber nicht überzeugt.

Erfolge der Sowjettruppen?

TU London, 11. März.

Der schwedische Berichterstatter der „Times" meldet, daß man aus der Bewerfung des kleinen Forts Systerbek schließe, daß dasselbe von Roten Truppen genommen worden ist. Nach anderen Berichten soll auch Kronsnaja Gorka zurückerobert sein und die neue Besatzung die aufständischen Offiziere ermordet haben. Das Feuer der Bolschewisten hat in Kronstadt nur geringen Schaden hervorgerufen, während die Kronstädter Geschütze und das Bombardement der Kriegsschiffe der Aufständischen in Petersburg große Verwüstungen anrichteten. Ein führerer russischer General, dem es gelang, die finnische Grenze zu erreichen, teilt mit, daß die Roten Truppen den größten Teil von Petersburg besetzt halten und die streikenden Arbeiter in den Fabriken eingeschlossen sind.

Bolschewistische Funksprüche.

TU Rotterdam, 11. März.

Aus Moskau wird drahtlos gemeldet: Am 8. März erschienen fünf Flugzeuge, vom Osten kommend, über Kronstadt, um aufzuklären. Sie warfen einen Aufruf des revolutionären Sowjets von Rußland ab.

Aus Moskau wird unterm 9. März drahtlos gemeldet: Die letzten Phasen des Abenteuers von Kronstadt stehen unter dem Zeichen völliger Unentschlossenheit und Zerrissenheit der Meuterer, die sich gegenseitig befehden. Wie bekannt, wollen sie sich bereits ergeben, da die Lage hoffnungslos sei. Diese Sachlage ist eingetreten kurz nach der Ankunft Trotzkis. Der revolutionäre militärische Rat der Republik hat eine Proklamation angefertigt, die von Trotzki, Kamenew, und Tuchatschewski unterzeichnet ist und in der die Regierung der Bauern und Arbeiter die sofortige Auslieferung der Kriegsschiffe und die Anerkennung der Räterepublik fordert.

Aus Moskau wird unterm 10. März drahtlos gemeldet: Im amtlichen Bericht über die Kronstädter Kämpfe vom 9. März heißt es: Die Ereignisse in Kronstadt haben die Mißstimmung der Bevölkerung aller Distrikte der Provinz Petersburg gefunden. Bei verschiedenen großen Kundgebungen von Soldaten und Arbeitern in Luga und Dedschsko-Selo wurden Entschließungen angenommen, in denen die Meuterei von Kronstadt verurteilt wird.

Der neue österreichische Gesandte in Berlin.

Berlin, 11. März.

Als Nachfolger Ludo Hartmanns ist Dr. Richard v. Riedl zum österreichischen Gesandten in Berlin ernannt worden. Riedl, der keiner politischen Partei angehört, ist einer der ersten Wirtschaftspolitiker Deutsch-Oesterreichs; er ist ein ausgesprochener Freund Deutschlands und des deutschen Gedankens.

Die Verhandlungen über die Orientfrage.

Paris, 10. März.

Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus London meldet, wurden am Nachmittag die Besprechungen über das Orientproblem fortgesetzt. Briand und Graf Sforza besprachen sich mit der Delegation von Angora, während Lord Curzon den Ministerpräsidenten Kalogeropulos und den Minister Gunaris empfing. Um 7 Uhr abends kamen die Führer der alliierten Delegationen im Unterhause, wo Lloyd George durch die Parlamentsberatungen zurückgehalten wurde, zusammen, um über die Ergebnisse des bisherigen Meinungsaustausches zu beraten.

Die griechische Delegation hat schließlich den von den Alliierten ausgearbeiteten Plan zur einer Regelung in seiner Gesamtheit angenommen. Dieser Plan umfaßt vor allem die Aufrechterhaltung der türkischen Suzeränität in Smyrna mit einem christlichen Gouverneur, der nicht notwendigerweise ein Grieche zu sein braucht und zweifellos vom Völkerbunde ernannt wird; die Einsetzung einer Verwaltungsbehörde in dem Vilajet mit einer besonderen Abteilung für die griechische und türkische Zone, je nach der Mehrheit der Bevölkerung; die Errichtung einer örtlichen Gendarmerie, die aus den eingeborenen türkischen und griechischen Elementen sich rekrutiert.

Die Delegation von Angora hat dagegen erklärt, daß sie nicht die notwendigen Machtbefugnisse habe, um diese Regelung anzunehmen. Infolgedessen wird vorläufig der status quo beibehalten werden. Die griechischen Vertreter werden nach Athen zurückkehren, die ottomanischen werden sich nach Konstantinopel und Angora begeben. Beide Teile werden indes mehrere bevollmächtigte Vertreter zurücklassen, die die Besprechungen mit den Großmächten in Paris oder in London fortsetzen werden.

Der Oberste Rat ist darauf neuerdings zusammengetreten, um die arabische Delegation anzuhören.

Korfanty gegen England.

Von unterrichteter Seite erfahren wir von erneuten Machenschaften Korfantys, um die Autorität der englischen Kreiskontrolleure zu untergraben und ihre Arbeit zu gefährden, wenn nicht unmöglich zu machen. Korfanty hat bereits vor einigen Wochen versucht, die Sekretäre und Schreibmaschinisten nicht nur englischer, sondern auch italienischer Offiziere und Kreiskontrolleure zu bestimmen, ihm von jedem Schriftstück, das die Kanzlei des betreffenden Offiziers verläßt, eine Abschrift zu geben. Dafür versprach er natürlich Geld. Besonders hohe Belohnungen setzte er aus, wenn es gelänge Geheimdokumente, die an die jeweilige Regierung gingen, abzufangen und abzuschreiben bzw. ihm auszuliefern. Der Plan mißlang ihm bis auf einen Fall. Es ist ihm nämlich gelungen, den Schreibmaschinisten des Major Ottley, des bisherigen englischen Kreiskontrolleurs in Beuthen, einen gewissen Strögel zu kaufen. Strögel hat von vielen wichtigen Schreiben, insbesondere von den Geheimberichten Ottleys an den englischen König, dem er persönlich nahesteht, Herrn Korfanty Abschrift verschafft. In mehreren Fällen hat sich ergeben, daß Herr Korfanty diese Abschriften an General Le Rond weitergeleitet hat. Dieser Verrat wurde von dem jetzigen Kreiskontrolleur von Beuthen-Land, Oberst Cockerell, aufgedeckt. Oberst Cockerell hat deswegen heftige Auftritte mit Herrn Korfanty gehabt und von diesem die Auslieferung des Strögel, der sich inzwischen über die Grenze geflüchtet hatte, verlangt. Herr Korfanty, der bei diesen Auseinandersetzungen eine sehr klägliche Rolle spielte, versprach, seinen Komplizen Strögel verraten und ausliefern zu lassen; bis zur Stunde hat er dieses Versprechen aber noch nicht erfüllt.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Ermäßigungsvorschläge des Reichstagsausschusses.

Im Reichstagsausschuß für die Erhöhung der Postgebühren wurde folgender von den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei unterstützter Antrag Dr. Fortmann (Zentr.) eingebracht:

Die Zeitungsgebühr beträgt für eine Zeitungsnummer im Durchschnittsgewicht bis 20 Gramm 2 Pfennig, von 20 bis 35 Gramm 2½ Pfg., von 35 bis 50 Gramm 3 Pfennig. Bei höherem Gewicht wird für jede weiteren 50 Gramm oder für einen Teil von 50 Gramm 1 Pfennig mehr erhoben.

Wird mehr als ein Stück derselben Zeitung vom Postschalter abgeholt oder als Bahnhofsbrief versandt, so ist auf jedes Stück monatlich 8 Pfennig, für jede sonst erfolgende wöchentliche Abtragung dem Empfänger bezw. bei vom Verleger eingewiesenen Exemplaren diesem zu vergüten.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach für Zeitungspakete bis 5 Kilogramm im Nahverkehr eine Gebühr von 1,50 Mk. erhoben wird; desgleichen wurde nach einem Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten die Höchstgrenze bei Postanweisungen auf 2000 Mk. ausgedehnt gegenüber 1000 Mk. der Regierungsvorlage.

Der gleiche Ausschuß beschäftigte sich weiter mit den 15 Anträgen, die im Gegensatz zur Regierungsvorlage eine andere Tarifregelung zum Zwecke haben.

Die Regierungsvorlage will, wie bereits gestern mitgeteilt, 40 Pfennig Beförderungsgebühr für die Postkarte, 60 Pfennig für Briefe im Gewichte bis zu 20 Gramm.

Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Demokraten, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei wollen in ihren verschiedenen Anträgen die Postkarte im Ortsverkehr um 10 Pfg. reduzieren, ebenso den Ortsbrief bis zu 20 Gramm. Die diesbezüglichen Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Für Briefe im Fernverkehr bis zu 20 Gramm blieb es bei der Regierungsvorlage, also 60 Pfennig, in den weiteren Stufen 80 Pf. und 1,20 Mk., für Gewicht bis 100 bzw. 250 Gramm. Die Ansichtskarte wird zu einem ermäßigten Drucksachen-Tarif befördert und kostet 10 Pfennig, jedoch dürfen nur 5 Worte auf der Vorderseite angebracht sein.

Drucksachen bis 20 Gramm kosten 10 Pfennig, solche bis 50 Gramm 15 Pf., bis 100 Gramm 30 Pf., bis 250 Gramm 60 Pf., bis 500 Gramm 80 Pf., bis 1000 Gramm 100 Pf. Die Paketgebühren blieben in der Höhe der Regierungsvorlage, wonach ein gewöhnliches Paket 3 Mk. in der Nahzone und 4 Mk. in der Fernzone kostet.

Die Beschlußfassung wurde auf morgen vertagt.

Vorschläge zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beriet über eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Entschließung, nach der die Aufbringung der Mittel zum Wohnungsbau auf anderem Wege erfolgen soll, als nach dem in erster Lesung beschlossenen Gesetzentwurf über die Erhebung einer 5 bzw. 10 prozentigen Abgabe von Nutzungswert der Gebäude. Es wird verlangt, für den Bau von 750000 Wohnungen Gelder durch Ausgabe von Wohnungs-Pfandbriefen zu beschaffen.

Ein Vertreter des Arbeitsministeriums teilte mit, daß durch das Abgabegesetz etwa fünf Milliarden Mark für den Wohnungsbau aufgebracht und damit etwa 85—90000 Wohnungen gebaut werden könnten. Der Vorschlag der Sozialdemokraten sei nicht nur erstaunlich, er würde auch praktisch kaum zu einem Ziele führen. Hypotheken und Pfandbriefe könnten nicht sofort umtergebracht werden, infolgedessen der Wunsch noch lange unbeleibt bliebe. Das Projekt der Sozialdemokraten würde etwa 63 Milliarden Mark kosten, eine Summe, die auf dem vorgeschlagenen Wege in so kurzer Zeit nicht aufgebracht werden könnte. Der Pfandbriefmarkt ist nicht aufnahmefähig genug, um 750 Millarden Pfandbriefe für den Wohnungsbau in einer solchen Höhe nicht zu erwarten wäre.

Von den Sozialdemokraten wurde eine neue Entschließung eingebracht, nach welcher die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs ersucht wird, der die Mobilisierung eines Teils des entstehenden Wertzuwachses der vor dem 1. August 1918 hergestellten Gebäude erfassen soll. Weiter soll unter Beteiligung der Gewerkschaften ein Ausschuß gebildet werden, der die Durchführbarkeit der gemachten Vorschläge prüfen soll.

Ministerialrat Crüger (Reichsarbeitsministerium) bezweifelt, daß dieser Weg zum Ziele führe. Die Mieten so hoch zu steigern, daß die Hypotheken hier übersteigen. Die Redner der verschiedenen Parteien standen dem Vorschlage sympathisch gegenüber, verlangten aber zunächst Sicherungen gegen Mißbrauch. Ministerialdirektor von Lahr erklärte, daß die Regierung dem Grundgedanken des Vorschlages Kunde freundlich gegenüberstehe. Eine abhaltende Stellungnahme heute schon könne jedoch niemand erwarten.

Um die neue Regierung in Preußen.

Auseinandersetzungen.

Preußischer Landtag.

2. Sitzung. Freitag, 11. März 1921.

Am Ministertisch: Am Zehnhoff, Stegerwald.

Das Haus ist stark besetzt.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.

Einer Reihe von Anträgen auf Aufhebung des gerichtlichen Verfahrens gegen Abgeordnete wird dem Geschäftsordnungs-Ausschuß überwiesen.

Darauf werden die Entwürfe über Verlängerung der Frist für Gemeindewahlen von Groß-Berlin sowie über Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Willenberg und Ortelsburg in sämtlichen drei Lesungen verabschiedet.

Es folgt die Beratung des Staatsvertrages zwischen den Freistaaten Preußen, Bayern und Thüringen, der Bestimmungen enthält über das Ausscheiden von Bayern aus der Landgerichtsgemeinschaft und Schwurgerichtsgemeinschaft Meiningen sowie aus der Oberlandesgerichtsgemeinschaft Jena.

Abg. Altkam (Komm.): Die preußische Justiz ist ein Schandfleck. (Präsident Leinert rügt den Ausdruck.) Nachdem der Redner unter großer Unruhe des Hauses wiederholt zur Sache gerufen worden ist, spricht er sich für Annahme des Vertrages aus, selbst wenn sich die bayrischen Abgeordneten dagegen wenden. (Großes Gelächter.)

Die Vorlage wird in allen drei Beratungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Porsch (Z.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs für vorläufige Wahlen zum Staatsrat in der Provinz Oberschlesien. Danach ist Oberschlesien berechtigt, für die Zeit bis zur verfassungsmäßigen Wahl der Vertreter zum Staatsrat vorläufige Mitglieder zum Staatsrat zu entsenden.

Abg. Dr. Porisch (Z.): Es ist wünschenswert und notwendig, daß die Wahlen zum Staatsrat in Oberschlesien vorgenommen werden, damit der Zusammentritt des Staatsrats erfolgen kann.

Abg. Dr. v. Kries (Dnat. Vp.): Der Antrag Porsch findet unsere Zustimmung, das Ziel geht ja dahin, den Staatsrat möglichst bald in das Reich der Tatsachen zu überführen. Wir sind aber nachträglich zweifelhaft geworden, ob das erstrebte Ziel in vollem Umfange erreicht wird, denn in Artikel 88 der Verfassung heißt es, daß die Artikel vom Staatsrat erst in Kraft treten sollen, wenn die Provinziallandtage neu gewählt sind. Da in Oberschlesien die Provinziallandtagswahlen in absehbarer Zeit wohl nicht stattfinden könne, so beantragen wir, daß die Vorschriften über den Staatsrat ohne Rücksicht auf die Neuwahlen für die Provinz Oberschlesien in Kraft treten sollen.

Abg. Eberlein (Komm.): Wir haben an dem schleunigen Zusammentritt des Staatsrats kein Interesse: wir vermögen seinen Zweck nicht einzusehen. (Zuruf: Zaisenau!) Nachdem Sie (nach rechts) die oberschlesischen Arbeiter solange Zeit ausgebeutet haben, gehen Sie heute um ihre Stimme betteln. (Lebhafte Pfui-Rufe, Lärm. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Leinert: Die Abstimmung in Oberschlesien steht nicht zur Beratung.

Unter lärmendem Widerspruch und dauernden Zwischenrufen seitens der Rechten betont der Redner nochmals: Trotz dieses Gesetzentwurfs wird es Ihnen nicht gelingen, die oberschlesische Arbeiterschaft vor den Wagen der deutschen Bourgeoisie zu spannen.

Präsident Leinert: Dem Abg. Eberlein ist der Zuruf „Schmutziger Kerl" gemacht worden. Ich rufe den Abgeordneten, der den Zwischenruf getan hat, zur Ordnung. Im übrigen bitte ich, in Zukunft nicht wurmlig gegen die parlamentarische Ordnung zu verstoßen, wie es der Vorredner getan hat.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Auf die Anwürfe des Vorredners will ich mit seinem Wort eingehen. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Antrag Dr. von Kries stimmen wir zu. Wenn aber eine Verfassungsänderung vorgenommen wird, empfiehlt es sich, diese Aenderung auf die gesamte Grenzmark auszudehnen.

Präsident Leinert: Der Antrag bedarf der Unterschrift von 15 Mitgliedern, ich kann ihn daher nicht zur Abstimmung bringen.

Abg. Dr. Porsch (Z.): Unser Antrag entspringt durchaus nicht dem Bestreben, bei der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien für das Deutschtum Stimmung zu machen. (Lebhafte Bravorufe.) Der Antrag ist lediglich im Interesse des preußischen Staates geleitet.

Abg. Scholich (Soz.): Dem Antrag Kries stimmen wir zu, nicht dagegen dem zu weitgehenden Antrage Leidig. Als geborener Oberschlesier habe ich eine andere Meinung als der Abg. Eberlein, der anscheinend von Oberschlesien wenig versteht. (Lebhafter Beifall.) Sie (nach links) haben von den Dingen in Oberschlesien nur wenig kennen gelernt; warten Sie ab, was sich dort in den nächsten Tagen abspielen wird. Durch Ihre Parole tragen Sie nur zu einer Stärkung Polens bei. Die oberschlesischen Arbeiter wissen alle, was sie verlieren, wenn sie von Deutschland losgerissen werden. Sie werden alle für Deutschland stimmen. (Lebhafte Bravorufe.)

Der Gesetzentwurf wird ebenso wie der Antrag Dr. v. Kries (Dnat. Vp.) in erster und zweiter Lesung angenommen. Der Vornahme der dritten Beratung widerspricht der Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) auf Grund des § 48 der Geschäftsordnung.

Nach weiterer Geschäftsordnungsaussprache schlägt Präsident Leinert vor, die dritte Beratung auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Er benannt die nächste Sitzung an auf Sonnabend, den 12. März, vormittags 11 Uhr: Berichte des Geschäftsordnungsausschusses, dritte Beratung über die vorläufigen Wahlen zum Staatsrat in Oberschlesien.

Abg. Dr. Lüdicke (Dn.) zur Geschäftsordnung: Wir wiederholen unseren Antrag, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Es wäre ein völliges Versagen des Parlamentes, wenn bis zu der Abstimmung in Oberschlesien, die uns vor außerordentliche Komplikationen stellen kann, kein Ministerium da ist. (Widerspruch.) Es wäre verwunderlich, wenn das Zentrum einen solchen Kultusminister wie Haenisch noch länger ertragen würde. (Stürmisches Gelächter links.)

Abg. Dr. v. Krause (D. Vp.): Wir beantragen, die Besprechung der Rücktrittserklärung des Staatsministeriums auf die Tagesordnung zu setzen. Die Auflösung des Begriffs „laufende Geschäfte" muß unbedingt geklärt werden. Das ist umso wichtiger, als eine Vertagung bis zum 7. April stattfinden soll. Auch dem Antrag der Deutschnationalen treten wir bei. Es muß ein Druck ausgeübt werden auf schleunigste Bildung der Regierung.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Wir stimmen den geistlichen Anträgen zu, erheben aber Widerspruch gegen die dritte Beratung der Staatsratsvorlage für Oberschlesien.

Abg. Brust (Z.): Es fällt auf, wie eilig es manche Parteien haben, in die Regierung zu kommen.

Abg. Dominicus (Dem.): Die Deutschnationalen selbst halten noch Verhandlungen für die Regierungsbildung für notwendig, daß sie haben laden die Fraktionen zu solchen Verhandlungen aufgefordert. Die Regierung muß natürlich so bald wie möglich gebildet werden. Die Minister haben sich auf die Geschäfte zu beschränken, die unbedingt notwendig sind.

Abg. Cohn (U. Soz.): Wir werden uns nicht daran beteiligen, das Regierungsschiff noch mehr nach rechts zu drehen. Das heute Minstermachen heißt, ist aber nichts anderes als Kulissenschieberei.

Abg. Dr. Porsch (Zentr.): Auch wir wünschen baldige Wahl eines Ministerpräsidenten. Vor Ostern ist das aber nicht möglich. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß die abgetretenen Minister den Begriff „laufende Geschäfte" pflichtgemäß möglichst eng auffassen. Sollte beabsichtigt sein, morgen vielleicht eine große Aussprache über die Politik des verflossenen Kabinetts zu eröffnen, so lehnen wir das ab. Das ist bereits beim Etat geschehen.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Der neue Landtag hat das Recht und die Pflicht, zu der Tätigkeit der Minister Stellung zu nehmen.

Abg. Graf-Arnim (Dnat. Vp.): Wenn morgen die dritte Lesung des oberschlesischen Gesetzes nicht vorgenommen werden kann, so rege ich an, die nächste Sitzung etwa am Dienstag stattfinden zu lassen und die Gegenstände der Anträge v. Kraushe und Lüdicke dabei zu behandeln. Wie haben weder die bisherigen Mehrheitsparteien Gelegenheit haben, sich ihre Stellungnahme zur künftigen Regierung zu überlegen. Zur Abwehr der sonstigen Drohungen bedarf Preußen einer handlungsfähigen Regierung, die die Reichsregierung vertrauensvoll unterstützen kann. Auch Oberschlesien braucht einen festen Rückhalt in einer in sich gefestigten Staatsregierung. Nicht nach dem Rechtsstreit, sondern nach dem Gesichtspunkt der inneren Zweckmäßigkeit muß die Regierungsbildung vorgenommen werden, sonst kommen wir aus den Kinderschuhen des Parlamentarismus nicht heraus. Es ist eine politische Geschmacklosigkeit, wenn die Minister jetzt noch vier Wochen weiter regieren wollen. Es muß so gemacht werden, daß ein Ministerpräsident gewählt wird, der seine Mitarbeiter selbst zusammenholt. (Zuruf: Welchen starken Mann haben Sie denn auf Lager!)

Abg. Stering (Soz.): Es ist unzutreffend, daß seit dem 20. Februar noch nichts für die Regierungsbildung geschehen sei. Erst kurz vor Einberufung des Landtages konnte man einen Ueberblick über die Fraktionsstärken haben. Weshalb sind der Rechten die Wahlen zum Staatsrat so ganz außerordentlich wichtig? Es muß so gemacht werden, daß ein Ministerpräsident gewählt wird, der seine Mitarbeiter selbst zusammenholt. (Zuruf: Welchen starken Mann haben Sie denn auf Lager!)

Abg. Stering (Soz.): Es ist unzutreffend, daß seit dem 20. Februar noch nichts für die Regierungsbildung geschehen sei. Erst kurz vor Einberufung des Landtages konnte man einen Ueberblick über die Fraktionsstärken haben. Weshalb sind der Rechten die Wahlen zum Staatsrat so ganz außerordentlich wichtig? Es muß so gemacht werden, daß ein Ministerpräsident gewählt wird, der seine Mitarbeiter selbst zusammenholt. (Zuruf: Welchen starken Mann haben Sie denn auf Lager!)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Die Minister müssen auch noch das Beamtenernennungsrecht in der Uebergangszeit ausüben können.

Abg. Gronowski (Z.): Die sofortige Regierungsbildung wäre übereilt, weil heute aus Ostpreußen noch nicht einmal das endgültige Wahlergebnis vorliegt. Was den Minister Haenisch betrifft, so haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir uns wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Aber so hundsgemein schlecht wie Ihre (zur Rechten) Kultusminister hat er und nicht behandelt. (Große Heiterkeit — große Unruhe rechts.) Sie haben Ihre Worte so doch nur zum Fenster hinaus gehalten, weil Sie es nötig haben, Ihren mageren Agitationsstoff zu ergänzen.

Abg. Severing (Soz.): Einige Reichsminister werden in den nächsten Tagen vor ernste Entscheidungen gestellt, wenn sie den Verordnungen genügen wollen, die Sie (zur Rechten) an die Aufrechterhaltung der Ordnung stellen. Sie müssen deshalb Ihre Entscheidungen nach hohem Ermessen treffen, denn das Gesicht des Vaterlandes steht über den Formalitäten.

Die Anträge Dr. v. Kries (Dnat. Vp.) und Dr. v. Krause (D. Vp.) werden gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten abgelehnt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über Strafverfolgungen.

Schluß: 5¼ Uhr.

Lärmszenen im Reichstag.

Die zweimal unterbrochene Sitzung.

81. Sitzung, Freitag, den 11. März 1921.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Anfragen.

Abg. Däumig (Komm.) macht Angaben über die Tätigkeit zweier Detektive Werber in Berlin. Es seien bereits Angeworbene nach Wismar transportiert worden.

Major von Schleicher teilt mit, daß der Regierung nichts davon bekannt sei, daß aber Ermittlungen schweben.

Abg. D. Mumm (Dnat.) bringt zum vierten Male eine Anfrage ein, in der über Haussuchungen bei Führern der Rechtsparteien im Siegerlande Beschwerde geführt wird.

Oberst Kuenzer legt eine ausführliche schriftliche Antwort vor. Sie enthält einen Bericht des Regierungspräsidenten in Arnsberg. Danach waren in der rheinisch-westfälischen Presse Nachrichten über die Organisation der Orgesch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk erschienen, die in der Arbeiterschaft Beunruhigung erweckten. Um der Sache auf den Grund zu gehen, fanden die Haussuchungen statt, die durchaus schonend vorgenommen wurden. Ein positives Ergebnis hatten sie nicht. Der Minister des Innern war mit dem Vorgehen einverstanden. Im Siegerlande wurden etwa 300 Gewehre ermittelt, die nicht vorschriftsmäßig angemeldet waren. Weitere Erhebungen konnten noch nicht gemacht werden.

Abg. Kunert (U. Soz.) wendet sich in einer Anfrage gegen die angeblich beabsichtigte Auflösung der Eisenbahndirektion Halle.

Vom Reichsverkehrsministerium wird erwidert, daß es der Frage der Neuabgrenzung der Direktionen überhaupt noch nicht nähergetreten sei.

Abg. Kurner (Dnat.) macht darauf aufmerksam, daß das Reich durch die Bewirtschaftung der Fette und Oele, deren Preis jetzt bedeutend gesunken ist, einen Schaden von 8 Milliarden Mark erlitten hat. Die Regierung gibt zu, daß der Reichsausschuß für Oele und Fette zur Zeit noch über 45 000 Tonnen Rohstoffe verfügt. Diese Verluste waren nicht vorauszusehen. Sie sind eine Folge des Fallens der Weltmarktpreise.

Der Reederabfindungsvertrag.

Es folgt die zweite Lesung des Reederabfindungsvertrages. Der Ausschuß fordert einen Zusatzvertrag, wonach das Reich an dem Gewinn aus den neuen Schiffen beteiligt werden soll. Der Hauptausschuß soll das Recht haben, den ganzen Vertrag aufzuheben, wenn ihm die Ausführungsbestimmungen nicht genehm sind. Aehnliche Verträge zur Abgeltung anderer Kriegsdienstschäden sollen geschlossen werden. In der Reederei-Treuhandgesellschaft sollen neben Arbeitern und Matrosen auch Angestellte vertreten sein.

Abg. Henke (U. Soz.): Wir sind allemal sehr mißtrauisch, wenn aus kapitalistischen Kreisen irgendeine Freundlichkeit für die Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt. Besonders mißtrauisch sind wir den Reedereikreisen gegenüber, bei denen wir es mit einer ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Macht zu tun haben. Das industrielle Großkapital hat sich jetzt in die Reedereikreise hineingedrängt, sie sind dort tonangebend. Noch niemals ist dem Parlament eine derart schwerwiegende und folgenschwere Vorlage gemacht worden. Wenn heute die Macht in den Händen der Arbeiter läge, dann würde ich die Reedern unbedenklich sagen: Ihr bekommt nichts!

Staatssekretär Müller: Das Abkommen ist lediglich zu beurteilen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Für die Kleinreederei soll durch Abzweigung eines Reedernfonds besonders gesorgt werden. Für die Seeleute sind bereits 60 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Ueber den Verteilungsschlüssel für die 45 Millionen schweben noch Verhandlungen. Treten Sie möglichst einmütig dem im wirtschaftlichen und sozialen Interessen notwendigen Vertrage bei!

Abg. Höllein (Komm.): „Krieg, Handel und Piraterie" sind nach Gottes „Zuruf" nicht voneinander zu trennen. Die kapitalistischen Regierungen sind, nach Bebel, nur die Verwaltungsausschüsse der kapitalistischen Gesellschaft. Mit List und Tücke, mit allen Mitteln der Hinterhältigkeit, hat man versucht, diesen Raub von 12 Milliarden aus den Taschen des deutschen Volkes uns mundgerecht zu machen. Die Regierung hat es nicht für notwendig gehalten, auch nur ein Wort der Begründung für diese schamlose Forderung des Reedereikapitals zu sagen. 6,3 Milliarden Mark hat man schon beiseite gebracht, um sie den notleidenden Reedern, den Stinnes und Gen., den Kriegsprofiteuren des deutschen Volkes, so sans phrase in die Tasche zu spielen. (Als Redner der Rechten „schamlose Lüge" vorwirft, ruft Präsident Loebe den Redner zum ersten Male zur Ordnung.) Man hat sich an das Kapital noch nicht herangewagt, das wegen der Vermögenszuwachs der Herren Stinnes, Klöckner und Konsorten. Inzwischen ist die ganze Presse sinnisiert. Jetzt will man diesen Kreisen neue Milliarden als Liebesgaben zu Schiffsbauten zuwenden. Diese Art des Wiederaufbaus führt nur zu vermehrter Ausbeutung der Arbeiterklasse. Selbst in der Blütezeit des Kapitalismus, wo er aus allen Poren Entwicklung schwitzte . . . (Rufe: Zur Sache! — Zum Abfindungsvertrag!) tobten Krisen immer wieder.

Vizepräsident Dr. Bell ruft den Redner zum wiederholten Male zur Sache und macht ihn auf die Folgen eines dritten Rufes zur Sache aufmerksam.

Abg. Höllein (fortfahrend): Die Konstruktionsarbeiters ist die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft.

Vizepräsident Dr. Bell: Sie sind bereits zweimal zur Sache gerufen worden. Ich muß nunmehr gemäß § 6 der Geschäftsordnung an das Haus die Frage richten, ob es den Redner weiter anhören will? (Lebhafte Rufe: Nein!) Ich entziehe ihm das Wort. (Lebhafte Rufe links: Unerhört! Der Redner droht zum Präsidenten hinauf.) Ich ersuche Sie, die Rednertribüne zu verlassen. (Erneuter Lärm auf der äußersten Linken. Abg. Höllein: Ich bleibe hier!) Da sich der Abgeordnet Höllein weigert, unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Schluß 8¾ Uhr.

Wiedereröffnung der Sitzung.

Kurz vor 3 Uhr eröffnet Vizepräsident Dr. Bell wiederum die Sitzung. Das Haus hat sich inzwischen gefüllt.

Abg. Höllein (Komm.) beginnt sich sofort wieder zum Rednerpult und verharrt dort in abwartender Haltung.

Vizepräsident Dr. Bell: Das Wort hat der Abg. Schumann. (Großer Lärm bei den Komm. Abg. Remmele (Komm.) stürzt nach vorn und schreit: Höllein hat das Wort! — Gr. Unruhe im ganzen Hause. Die Kommunisten rufen andauernd: Höllein hat das Wort! — Der Abg. Höllein dreht sich zum Präsidenten um und erklärt: Ich habe das Wort und bleibe hier stehen! Gr. Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Bell: Das Wort hat nur der Abgeordnete Schumann. (Die Kommunisten schreien: Höllein! — Die Mehrheit antwortet mit lautem: Nein, nein! — Die Kommunisten rufen dem Präsidenten Schimpfworte zu. — Allgemeiner großer Lärm.)

Vizepräsident Dr. Bell (zum Abg. Höllein): Ich habe Ihnen das Wort entzogen. (Abg. Höllein: Ich bleibe hier stehen! Holen Sie doch einen Leutnant und zehn Mann.) Ich kann mich auf weitere Auseinandersetzungen nicht einlassen. Ich ersuche nochmals den Abgeordneten Höllein, die Rednertribüne zu verlassen und dem Abgeordneten Schumann Platz zu machen.

Abg. Höllein (Komm.): Ich werde den Platz nicht verlassen.

Vizepräsident Dr. Bell: Dann unterbreche ich die Sitzung auf eine halbe Stunde und werde beraten lassen, daß der Aeltestenrat zusammentritt.

Schluß nach 3 Uhr.

Die dritte Sitzung

wurde um 4 Uhr 40 Min. vom Präsidenten Loebe eröffnet. Er erklärte: Auf Wunsch meines Kollegen Dr. Bell habe ich den Vorsitz übernommen. Wegen der großen Unruhe am Schluß der zuerst abgebrochenen Sitzung sind verschiedene Worte des Vizepräsidenten nicht verstanden worden. Der Präsident stellt aus dem Stenogramm fest, daß einer gleichrechte Abstimmung über die Wortentziehung stattgefunden hat, aber sie ist vom größten Teil des Hauses nicht bemerkt worden.

Abg. Levi (Komm.): Wir stehen der Geschäftsführung des Abgeordneten Höllein, die Rednertribüne zu verlassen und dem Abgeordneten Schumann Platz zu machen.

Abg. Höllein (Komm.): Ich werde den Platz nicht verlassen.

Vizepräsident Dr. Bell: Dann unterbreche ich die Sitzung auf eine halbe Stunde und werde beraten lassen, daß der Aeltestenrat zusammentritt.

Schluß nach 3 Uhr.

Die dritte Sitzung

wurde um 4 Uhr 40 Min. vom Präsidenten Loebe eröffnet. Er erklärte: Auf Wunsch meines Kollegen Dr. Bell habe ich den Vorsitz übernommen. Wegen der großen Unruhe am Schluß der zuerst abgebrochenen Sitzung sind verschiedene Worte des Vizepräsidenten nicht verstanden worden. Der Präsident stellt aus dem Stenogramm fest, daß einer gleichrechte Abstimmung über die Wortentziehung stattgefunden hat, aber sie ist vom größten Teil des Hauses nicht bemerkt worden.

Abg. Levi (Komm.): Wir stehen der Geschäftsführung des Vizepräsidenten Dr. Bell mit dem größten Mißtrauen gegenüber.

Präsident Loebe: Der Aeltestenausschuß hat in seiner großen Mehrheit die Unparteilichkeit des Dr. Bell anerkannt.

Darauf wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

Abg. Schumann (Soz.): Der Abgeordnete Höllein hat sich fast gar nicht mit der Vorlage beschäftigt und, soweit er es tat, waren seine Ausführungen von Sachkenntnis wenig getragen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich stimme im übrigen nicht bei der Lesung der Vorlage zu, sie ist aber wirtschaftlich notwendig. Der Abgeordnete Henke hat vorgeschlagen, lieber ausländischen Schiffsraum zu kaufen. Mit veralteten Schiffen können wir aber die Konkurrenz nicht aufnehmen.

Abg. Henke (U. Soz.): Für uns gibt es keine Verbesserung der Vorlage. Wir lehnen sie glatt ab. Wir machen die Zumutung der Arbeiter nicht mit.

Abg. Koch (Soz.): Es handelt sich jetzt darum, ob tausende von Werftarbeitern auf der Straße liegen oder beschäftigt werden sollen. Nur aus diesem Grunde sind wir für den Vertrag.

Artikel 1 wird angenommen gegen Kommunisten und Unabhängige.

Abg. Höllein (Komm.): Wir lehnen diese Liebesgabe an Stinnes und Gen. mit aller Rücksichtslosigkeit ab.

Der Vertrag wird darauf in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich

Sonnabend 10 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London.

Schluß 5⅙ Uhr.

Prozeß Sonnenfeld.

In der gestrigen Sitzung des Sonnenfeld-Prozesses ersucht der Vorsitzende den Zeugen Georg Sklarz, sich nochmals darüber zu äußern, wie es sich mit den Zuschlägen von 15 Prozent, die auf seine Anweisung allgemein zu den Einkaufspreisen gemacht werden sollten, verhalte. — Zeuge Sklarz: Ich habe vor der Abreise einen Leitfaden für die Kalkulation dagelassen. Es sollte darauf Fracht, Risiko, Versicherung usw. sowie als Gewinnzuschlag für den Reservefonds zusammen 15 Prozent aufgeschlagen werden. Der Zeuge bittet dann, sich noch zu den geistigen Ausgaben des Herrn Davidsohn äußern zu dürfen. Herr Davidsohn hat gesagt, der Abgeordnete Sollmann habe ihm am 1. Januar erklärt, an diesen Dingen sei doch etwas drau und es wäre besser gewesen, ihnen nachzugehen. Ich habe gestern den Abgeordneten Weis im Reichstag angerufen und er hat den Abgeordneten Sollmann gefragt, ob das wahr sei. Dieser bestreitet entschieden, dies gesagt zu haben. Herr Davidsohn hat ferner gesagt, die Herren Ebert und Scheidemann hätten mich als den übelsten Schieber bezeichnet. Den Herrn Reichspräsidenten konnte ich nicht erreichen. Herr Scheidemann bestreitet es. Die Frage, die Staatsanwalt Gutjahr an beantworten beauftragte, über meine Bestrebungen zu hochstehenden Persönlichkeiten, wurde ich selbst beantworten. Ich muß erklären, daß ich niemals in irgend einer Form Korruption getrieben habe, sondern daß der Verkehr mit diesen wenigen zum Teil geistig hochstehenden Männern aus idealen Motiven heraus erfolgt ist. Die Herren konnten mich brauchen, weil ich sie über manche Sachen besser informieren konnte. Für mich war der Verkehr mit diesen Herren ein geistiger Genuß. Wenn man also von Bestechung sprechen will, dann bin ich durch die Persönlichkeit der Herren bestochen worden. Im Regiment „Reichstag" habe ich nie versucht, auch nur einen Pfennig für mich zu verdienen. Ich habe die Rechnungen genau so weitergegeben, wie ich sie bekommen habe. Ich habe die ganze Sache gemacht, um den Bolschewismus in Deutschland nicht hochkommen zu lassen. Ich kenne den Bolschewismus von Rußland, wo ich lange Jahre gelebt habe, und ich wußte daher genau, was da für Deutschland bedeuten würde. Ich habe ganz objektiv dabei gehandelt. — R.-A. Grünspach: Herr Davidsohn behauptet, daß Sie bei nicht von Ihnen gegeben. — Zeuge Sklarz: Ich habe bereits im November mit einigen Herren gesprochen und sie benachrichtigt, für die von mir für diese Zwecke bestimmten Summen mit aufzukommen. Was ich tatsächlich ausgegeben habe, ist aber weit mehr und das, was die Herren zugesagt haben. Nur ein Bruchteil von dem Ausgegebenen. Es ist auch eine Abrechnung noch gar nicht vorgenommen worden. Der Herr, mit dem Herr Davidsohn zu Dr. Landsberg gegangen sein will, und den ich auch kenne, sieht mit diesen Zahlungen in gar keinem Zusammenhang. Darauf werden zahlreiche Briefe der Angeklagten verlesen, die zum Teil recht belastend sind. Bei der Verlesung der Briefe bittet Ernst Sonnenfeld, einen Brief nicht zu verlesen, da er Beleidigungen und Beschuldigungen gegen Herrn Sklarz enthält, die er, wie er schon gestern erklärte, nicht mehr aufrecht erhalten könne. Der Vorsitzende hält es aber für notwendig, gerade diesen Brief zu verlesen, da er besonders charakteristisch sei, weil Hermann Sonnenfeld den Brief, der von Ernst Sonnenfeld an Herrn von Frankenberg geschrieben ist, korrigiert hat. In dem Briefe hatte Ernst Sonnenfeld geschrieben, daß er die 200 000 Mark an Waldreder übersenden habe. Herr Hermann Sonnenfeld hat hineingeschrieben „für Sie". Der Angeklagte Hermann Sonnenfeld sucht sich in weitschweifenden Ausführungen, bei denen er wieder die Glosse zitiert und französische Zitate anwendet, dahin auszureden, daß er das nur auf Grund flüchtiger Informationen seitens seines Sohnes gemacht habe. — Vors.: Im Gegenteil, es scheint so, als ob dieser Brief sehr sorgfältig überlegt ist und als ob sich darin sehr große Entschlossenheit widerspiegelt. Auch an anderen Stellen hat Hermann Sonnenfeld charakteristische Sätze abgeändert. So hat er den Satz getrieben „Der rechte Augenblick zum Zugreifen und Handeln war für mich in dem Moment gegeben", und ebenso „Solange trug ich mich mit dem Plan, Sklarz Geld einzubehalten. Sollte sich alles glatt abwickeln und seitens der Behörden keine Einwendungen, Forderungen und Auflagen erhoben werden, so werde ich das Geld erstatten an die Waldreder" hat Hermann Sonnenfeld hat Ablauf eines Jahres zurückgeben". Diesen Satz seines Sohnes hat er folgendermaßen abgeändert: „Sollte sich alles glatt abwickeln und ich keinerlei Beanstandung erfahren, so werde ich meinen Verpflichtungen gerecht werden". In dieser von Hermann Sonnenfeld korrigierten Fassung ist der Brief dann von Ernst Sonnenfeld an Herrn von Frankenberg von Holland aus geschickt worden als erste Mitteilung über seine Flucht.

In den weiteren Briefen ist statt „Geld" immer gesagt für kaufend Mark „Roller" und „Asche". In einigen Briefen wird auch Ernst angesprochen als „Meine liebe Ernestine". Die Anklage nimmt an, daß Hermann Sonnenfeld seinen Sohn mehrfach Tips zur Verteidigung gegeben habe. So heißt es in einem Briefe: „Ich habe Dich immer vor dem Spiel sowohl im Klub wie auf der Rennbahn gewarnt." Dazu meint der Vorsitzende aufmerksam, daß Ernst Sonnenfeld nie gespielt hat und das auch nicht behauptet. Weiter hebt der Vorsitzende hervor, daß es in einem Briefe heißt: „Keine Tinte hat er (Sklarz) nachlassen." Der Vorsitzende ist der Meinung, daß damit die Ausfage des Herrn Sklarz bestätigt wird. Eine weitere Hinweisung für die Verteidigung wird darin erblickt, daß Sonnenfeld seinem Sohn schreibt: „Drahte mir sofort dringend, ob Du herausgeben willst, weil ich so nicht weiß, wo alles ist. Versteckt Du mir das? Deine hiesigen Dokumente sind nicht ausreichend, um gegen die ganze Gesellschaft mit Erfolg vorzugehen. Viele Sachen stehen also auf schwachen Füßen, wenn Du nicht andere Beweise hast. Aber wie auch immer es sei, wenn Du auch durch das Milieu irritiert worden bist, so hoff Du doch sicher und unbedingt auf Freiheit, wenn Dir auch, woran ich glaube, die Ansicht ferne lag, die strittige Summe zu behalten." Hierin erblickt die Staatsanwaltschaft den Hinweis, daß Ernst Sonnenfeld seine Verteidigung auf die Angelegenheiten richten soll. Dem vorher aber an einer Stelle eines Briefes gesagt worden: „Die Sache ist brenzlich und sehr gefährlich."

Sanitätsrat Dr. Friedrich Leppmann äußert sich als Sachverständiger über den Geisteszustand des Herrn Sonnenfeld. Derselbe ist geistig belastet, rückenmarkskrank, er hat eine hochgesteigerte Ueberschätzung der eigenen Persönlichkeit und eine leichtsinnige Ueberschätzung der Verhältnisse. Der Sachverständige hält ihn für einen paranoiden Psychopathen, d. h. einen verrücktheitsähnlichen Charakter, der aber nicht so verrückt ist, daß man die freie Willensbestimmung ihm absprechen kann. Dagegen ist er vermindert zurechnungsfähig. Auch der zweite Sachverständige, Gerichtsarzt Dr. Bürger, kommt zu dem Ergebnis, daß Fall gegen Hermann Sonnenfeld nicht anwendbar ist, wenn auch er ihn für minder zurechnungsfähig hält. Die Verhandlung wird heute vormittag 9 Uhr fortgesetzt.

Kunst und Wissenschaft

Tolstoi und . . . v. Wangenheim.

Neues Volkstheater.

Ein Dialog nur, eine undramatische Bagatelle des Weisen von Jasnaja-Polsana, diese Szene „Der Fremde und der Bauer". Aber bei aller Handlungsarmut, welche überzeugende Kraft des Wortes, welche Wärme des Gefühls! Eine von Tolstois ergreifenden Predigten, die der Läuterung der Menschheit gelten, die den Weg zu Gott und zur Befreiung des russischen Bauern aus der Knechtschaft und der Alkoholvertiertheit zeigen und führen sollten. Immer wieder gerät wenden diese schönen und schlichten Worte des edlen Menschenfreundes gehört, der die Befreiung Rußlands vom Zarentum, allerdings auch sein Versinken in den trostlosen Sumpf des Bolschewismus nicht mehr erleben sollte.

Da die Szene von Arnold Czempin mit Empfindung, von Erich Otto mit naiver Bauerngläubigkeit gesprochen wurde, so wurde sie mit der Andacht, die einer guten Predigt gezieme, angehört.

Nach Tolstois abgeklärter Kunst Gustav von Wangenheims sich wild gebärdender Dilettantismus. Ein Schwätzen in Wortschlamm! Unverhauter Hasenclever. Man wird begreifen, was das heißt. Kommentar überflüssig! Das russisch frisierte, fünfaktige Schauspiel „Der Mann Fjodor" barriert das — nun endlich glücklich überwundene — Leib- und Magenthema des „Jungen Deutschland" seiner begabten und unbegabten Mitläufer, das Thema von den seelischen Irrungen und Wirrungen des Jünglings. Auch das beliebte Motiv Sohn contra Vater klingt leise und zaghaft an: Dieser junge Fjodor taumelt seinem „Stern", dem stetig wechselnden Lebensideal, nach. In auffleigender Linie führt es ihn von der Dirne in den Krieg, den Kampf fürs Vaterland, aus dem er, angeekelt von den Gräueln der Schlacht, zurückkehrt, um — den Vater stürzend — ein Führer seines revolutionierenden Volks zu werden. Aber auch jetzt weder Befriedigung noch Befreiung. Im eigenen Kinde wird der Sohn wieder zum Vater, schließt sich der Kreislauf. In übler Reklame preist der Artikel, der dem Programm vorangestellt ist, den „hinreißenden Rhythmus und die glühende Sprache" des Werkes. Die Leitung der Bühne täte besser daran, das Stück und nicht den unkritischen Aufsatzschreiber sprechen zu lassen.

Herr v. Wangenheim hatte die Spielleitung seines mißratenen, dramatischen Erstlings selbst übernommen. So hatte er keine Autorität über sich, die sein entgleisendes Temperament — er gab den jungen Fjodor — zügeln und ihm sagen konnte, daß Brüllen nicht gleichbedeutend mit Empfindung sei. Wie wohltuend dagegen Erich Pabsts, des Vaters, Einfachheit und Wärme und Rita Parsons, einer talentvollen Blondinen, herzlicher und ehrlicher Ton!

—pf.

Konzerte.

Die Philharmoniker unter Fritz Reiner. — Bratschen-Abend Erna Schulz.

Fritz Reiner vom Staatstheater in Dresden machte uns mit dem Violinkonzert des jungen Bulgaren Pantscho Wladigeroff bekannt, aus dem ein starkes, ungeklärtes Talent spricht, ein Talent, das unbedenklich in die Fußstapfen Straußens, der Neurussen und Neufranzosen greift, gleichwohl aber durch Ausbrüche echten Temperaments fesselt. Tropische Russenfunken, wie einer meiner Freunde scherzte, Musik mit rotem Kopf, gestikulierend, schreiend, die Solovioline kaiserlich bedrängend, sodaß sie sich wohl oder übel mit der Rolle des obligaten Instruments begnügt. Der Violinpart strotzt von Schwierigkeiten. Der Professor Havemann schlug sich mit ihnen tapfer herum. Wir dürfen nicht verschweigen, daß der Ton des Künstlers gelitten hat, daß besonders auf der D-Saite taube, trotzende Töne hörbar wurden. Reiner, der nach dem fulminant gespielten Schlußsatz der Serenade von Leo Weiner stürmisch beklatscht worden war, bildete später mit den Herren Wladigeroff und Havemann den Mittelpunkt freundlicher Kundgebungen. Reiner ist Volksinstrumentist; ob Temperament und Kultur einander die Wage halten, muß die Zukunft lehren . . . Fräulein Erna Schulz, die treffliche Bratschistin, widmete ihrem schwermütigen Instrument einen Abend im Bechsteinsaal. Die Kritik dankt der Konzertgeberin interessante Literatur. (Zwei Bratschensonaten von Brahms, die Solosuite G-moll von Reger, die E-moll-Sonate von Attilio Ariosti.) Anleuchtet, daß sich das Ohr verhältnismäßig schnell gegen den Bratschenklang abstumpft. (Kitters Viola alta stellt einen Versuch dar, die Höhe durch eine fünfte Saite zu erweitern und so dem Instrument mehr Farbe zu geben.) Die Viola ist in erster Linie Orchesterinstrument, was an den schönen solistischen Qualitäten des Fräuleins Schulz natürlich nichts ändert. In den Bratschenliedern von Brahms entfaltete Hilde Hellger üppige, etwas robuste Mittel. Der grundmusikalische Leonid Kreuzer wollte am Flügel Alle Mitwirkenden, voran die Konzertgeberin, umfing herzlicher Beifall.

8. Pg.

Strindbergs lyrisches Bekenntnis.

Strindberg war mit seinem vulkanischen Temperament der geborene Dramatiker und mit der Anschaulichkeit seiner bohrenden Psychologie der echte Erzähler. Zum Lyriker fehlte ihm die Zartheit des Gefühls und das Verständnis für die melodische Feinheit des Verses. Es wird daher viele überraschen, daß dieser dämonische Künstler auch in der Lyrik ein Ventil für seine seelischen Konflikte und literarischen Kämpfe gefunden und eine große Anzahl Gedichte geschaffen hat.

Im Rahmen der bei Georg Müller in München erscheinenden großen deutschen Gesamtausgabe seiner Werke bietet nun sein Uebersetzer Emil Schering eine „Erste Auswahl" von Gedichten August Strindbergs, in der lyrische Schöpfungen des Dreißigers und des Fünfzigers mitgeteilt werden. Wie alle Werke des großen Schweden sind auch diese Gedichte nur Teile einer einzigen gewaltigen Konfession. Mag er in den erschütternden Reimen einer „Lebensgeschichte" seine tragischen Wandlungen darstellen oder unter dem Sinnbild des mythischen Gottverächters Loke seinen eigenen Kampf mit Gott schildern, mag er in geistreicher Nachahmung Heinescher Formen oder im dunklen Stil der Volksballade mehr epischer Gestaltung gedrängen oder gar in einer Idylle in Hexametern an die Form von Goethes „Hermann und Dorothea" anknüpfen — stets ist es sein glühendseelsorgerisches Temperament, das die Fesseln des Verses durchbricht und im wilden Aufschrei mit den Mächten des Himmels und der Erde ringt. Sehr bezeichnend ist für diese lyrischen Bekenntnisse Strindbergs das Vorwort, das er seinem ersten Gedichtbande im Oktober 1869 von Paris aus mit auf den Weg gab. „Dieses Mal der Herausforderndre", schreibt er, „habe ich die Waffen benutzen müssen, die der Gegner zu wählen wünschte. Daß ich sie nicht mit solcher Fertigkeit führen kann wie meine Feinde, ist also ein Verdienst für mich, um so mehr, da ich der Ansicht bin, daß die Verform den Gedanken in unnötige Fesseln schlägt, die eine neue Zeit zerbrechen wird."

Als Waffen im Geisteskampf sind also seine Gedichte gedacht, und die einer guten Verse verteidigt er folgendermaßen: „So schlechte Verse, wie unsere großen Dichter geschrieben haben, wagen die jetzigen Mittelmäßigkeiten nicht auf den Weihnachtstisch zu legen. In dieser Hinsicht, d. h. im Schreiben schlechter Verse wage ich mich den Größten gleichzustellen, ohne Gefahr zu laufen, daß mir vielleicht von meinen Feinden widersprochen wird. Daß ich mit voller Absicht gesündigt habe, wird man wohl nicht gern glauben; da aber eine geringe Fertigkeit im Fingerzählen das Verständnis einer Zeile nachprüfen kann, darf ich wohl die billige Forderung stellen, daß man nicht annimmt, ich habe gefehlt, weil ich Gesetze nicht kannte, die von Unbekannten gemacht sind und am strengsten von Mittelmäßigkeiten angewendet werden; ich habe gewußt, diese Gesetze zu brechen, da ich glaube, daß mein Gedanke mehr bedeutet als ein Verstoß oder ein Reim."

Dr. F. S.

— Wüllner als „König Lear". Unser R.-R.-Korrespondent schreibt uns: Im Prinzregententheater zu München begann Ludwig Wüllner ein Klassiker-Gastspiel mit einer Darstellung des König Lear. Wüllner hielt die Rolle im Deklamatorischen. Er gab mehr Oper, gewiß: oft ergreifende Oper als große Tragödie. Wir haben fast stets Wüllner als Lear und nur sehr selten: Lear, den Menschen. Was aber unter dieser Voraussetzung geleistet werden konnte, das brachte Wüllner zur Geltung. Im übrigen wird eine recht falsche Provinzaufführung. Wann, Herr Zeiß, wird Ihres Geistes ein Hauch über unsere Nationalbühnen wehen, auf daß aus altersharten Stoppelfeldern Leben prieße . . ?

— Internationale Festspiele in Zürich. In Zürich sollen jetzt jedes Jahr große internationale Festspiele stattfinden, um Zürich zu einem europäischen Festspielzentrum zu machen. Zunächst sollen in diesem Jahre, von Mitte Juni bis Mitte Juli, drei Aufführungen des „Parsifal" mit berühmten Vertretern der Hauptrollen und mit Unterstützung des Zürcher Stadttheaters unter Leitung eines ersten Operndirigenten, sowie zwei Aufführungen einer weiteren Oper mit hervorragenden Gästen stattfinden; ferner sollen vier Orchesterkonzerte unter je einem schweizerischen, französischen deutschen und englischen Dirigenten sowie drei Kammermusikabende mit Quartetten verschiedener Nationalitäten stattfinden.

— Kein Niederrheinisches Musikfest 1921. Aus Köln schreibt man uns: Es war beabsichtigt, das Niederrheinische Musikfest, das während der Kriegsdauer nicht hat abgehalten werden können, in diesem Jahre in Köln und zwar im Opernhause zu veranstalten. Es sollte zugleich das hundertjährige Bestehen dieser Feste, dessen erstes im Jahre 1821 in Köln begangen worden ist, gefeiert werden. In Anbetracht der schweren Zeit, die für besondere Festlichkeiten nicht geeignet ist, hat nunmehr der Festausschuß in seiner Sitzung beschlossen, die Veranstaltung ausfallen zu lassen.

— Aus den Theaterbureaus. Im Opernhause heute 8 Uhr: Richard Strauß' dramatische Tanzhandlung „Josephs-Legende". Die Frau des Potiphar: Tilla Durieux, Joseph: Heinrich Kröller, Potiphar: Toni Zimmerer, Erzengel: Otto Sommerstorff. Hervorragend beschäftigt sind die Damen Berghoff, Sydow, Lucia, Geisel, Schröder, Wolwig, Gagete und die Herren Hoffmann, Eckert, Molkow, ferner wirken mit das gesamte Balletpersonal. Musikalische Leitung: Urack. Hierauf Leo Blechs „Versiegelt" unter persönlicher Leitung des Komponisten mit den Damen von Catopol-Batteny, Heal, von Scheele-Müller und den Herren Ziegler, Henke, Stock, Bachmann.

Im Schauspielhause heute 7 Uhr „König Richard III." in bekannter Besetzung.

Im großen Schauspielhause beginnt die heutige Erstaufführung von „Kaufmann von Venedig" um 6½ Uhr.

Lilly Snefe-Eisenlohr vom Münchener Schauspielhaus wurde dem Lessing-Theater verpflichtet.

Alfa Grenning wurde von der Direktion Rotter auf mehrere Jahre verpflichtet.

— Busch-Quartett. Im Konzert am 15. März in der Sing-Akademie hat an Stelle des verhinderten Edwin Fischer Frau Giulietta von Mendelssohn-Gordigiani den Klavierpart übernommen. Die Programme vom 15. und 29. März sind vertauscht worden. Das Programm zum 15. März Sing-Akademie I. Zyklus lautet: Sonate für Cello und Klavier C-dur op. 102, Variationen für Klavier, Violine und Violoncello Es-dur op. 44, Großes B-dur-Trio op. 97 für Klavier, Violine und Violoncello. Der Sonatenabend mit Edwin Fischer findet am 20. März, nachmittags 4 Uhr, in der Philharmonie (Zyklus II) statt.

— Die Lessing-Hochschule veranstaltet am Sonntag, 20. d. M., mittags ½12 Uhr, im Blüthner-Saal eine Aufführung der Faust-Sinfonie von Liszt unter Leitung des Kapellmeisters Eduard Mörike mit dem Blüthner-Orchester: Männerchor: Berliner Lehrer-Gesangverein; Tenorsolo: Rudolf Laubenthal; an der Orgel: Kurt Grosse. Vor der Sinfonie wird Kapellmeister Mörike eine eingehende Analyse und Erläuterung mit Klavier- und Orchesterbeispielen geben.

— Russischer Kunstabend. Felix Robert Mendelssohn und Walter Karl Weißner wurden für den musikalischen Teil für den in der Tribüne am Montag stattfindenden russischen Kunstabend gewonnen. Olga Gzovskaja und Wladimir Gabatow werden aus Werken von Andrejew und Ostrowski Szenen zur Darstellung bringen, außerdem Gedichte verschiedener russischer Autoren rezitieren.

— Felix Philippi liest seine Alt-Berliner Erinnerungen am 2. Autoren-Abend der Buchhandlung Struppe & Winckler, Potsdamer Str. 106, Mittwoch, 16. d. M., abends 8 Uhr.

— Carmi Norel veranstaltet am 14. d. M., abends 7½ Uhr, in der Gesellschaft der Freunde, Potsdamer Straße 9, einen Tanz-Abend. Auf dem Programm stehen u. a. Pas des fleurs von Delibes, Walzer aus „Rosenkavalier" von R. Strauß, Ungarischer Tanz von Brahms, Menuett von Schulhoff. Die musikalische Leitung hat Konzertmeister Hans Mahlke.

— In Rudolph Lepke's Kunst-Auktions-Haus Potsdamer Straße 122 a/b, findet am Dienstag, 22. d. M., eine Versteigerung von Gemälden und Handzeichnungen erster Meister unserer Zeit statt. Der Katalog weist u. a. folgende Namen auf: F. Thaulow, H. Gude, O. Burck, A. v. Menzel, F. v. Lenbach, Max Liebermann, W. Leibiner, G. Schönleber, W. Diez, R. von Gogh, F. Pettenkofen, C. Gussow, E. v. Gebhardt. Ferner gelangt der bedeutendere Teil des Nachlasses von H. Fenner-Behmer, der in zwei Abteilungen versteigert wird, zum Ausschuß. Besonders erwähnt seien noch eine Reihe von Handzeichnungen Spitzwegs, Trübners, Corinths usw. Der illustrierte Katalog 1865 ist bereits erschienen und steht Interessenten auf Wunsch zur Verfügung.

— Eine wertvolle Sammlung von alten Geigen aus dem 16. bis 18. Jahrhundert kam gestern zum Schuß der vierzigjähigen Kunstversteigerung bei Rudolph Lepke unter den Hammer. Eine Madonna mit dem Christuskinde, Johannes und der heiligen Elisabeth aus der oberitalienischen Schule um das Jahr 1600 erzielte 3200 Mk., eine Geburt Christi im Stalle aus der deutschen Schule zu Anfang des 18. Jahrhunderts 2500 Mk., ein aus derselben Zeit und Schule stammendes Bild mit Hiob und seiner Frau beim Empfang einer Ungliücksbotschaft 2900 Mk., der Erzengel Michael, das erste Menschenpaar aus dem Paradiese vertreibend, und Judith mit dem Haupte des Holofernes, beide aus der deutschen Schule des 17. Jahrhunderts, 1000 Mk. bzw. 4000 Mk. Eine altdeutsche Familiengruppe mit Vorsitzer, Frau, Sohn und Tochter, wurde mit 1700 Mark, eine heilige Jungfrau mit den vierzehn Nothelfern, süddeutscher Herkunft, mit 2500 Mk., die Holzfigur eines jungen Mannes von C. F. A. Lizewsky mit 1050 Mk. und eine Partie aus der römischen Campagna mit Ziegenhirten und Herden bei einer Tempelruine von Wilhelm Kandler mit 1400 Mk. bezahlt. Eine Waldlandschaft mit Kühen von Joh. Bahuizen brachte 3500 Mk., zwei Hügellandschaften mit Burgruine 2000 Mk., eine Stadt im Winter aus der Holländischen Schule des 18. Jahrhunderts 1400 Mk., eine Flußlandschaft mit Fährstelle und Burgruine nach Philipp Wouwerman 2450 Mk., der Hohlweg in bäumereichen Hügellandschaft eines alten Niederländers 3000 Mk. und eine Landschaft mit Baumgruppe und Kirche aus der italienischen Schule des 18. Jahrhunderts 1560 Mk. Zwei Genrebilder mit Gästen in der Schenke und Männern und Frauen vor einem Hause, in der Art des C. Bega, gingen für zusammen 7550 Mk. fort. Eine dem C. Maratti zugeschriebene Madonna mit Kind, von Engeln umgeben, erzielte 2500 Mk., ein Christus am Kreuz mit Donatorenfamilie 2850 Mk., eine Auferstehung Christi von Frans Francken dem Jüngeren 3000 Mk., König Salomo und Königin von Saba 2900 Mk., Esthers Gemahl vor dem Throne des Ahasver 2500 Mk. und „Lechende Bauern an einer Brüstung" von Cornelis Dusart 3700 Mk.

— Hildebrands letztes Werk. Bei einer Münchener Gedächtnisfeier für Adolf von Hildebrand ist jetzt das letzte Werk des Meisters ausgestellt worden, in dem er, wie in einer Ahnung des Todes, das schönste seiner Grabmäler geschaffen hat. Er hatte den Auftrag erhalten, für den Herzog von Meiningen (der Meiningen mit einigen der besten Bildwerke Hildebrands geschmückt hat) das Grabmal zu entwerfen. Der Meister stellt einen jungen Genius, der wie ermüdet sitzt, mit der linken Hand noch das verstummte Saitenspiel umklammert, während der geneigte Kopf auf dem zurückgelehnten rechten Arm sich in den Flügel bettet. Und das geschlossene große Schwingenpaar umschließt im Oval die ganze edle Gestalt.

— Ein unbekanntes Meisterwerk des Rubens in altem Karlsruher Privatbesitz veröffentlicht jetzt L. Oelenheinz in den „Monatsheften für Kunstwissenschaft". Es ist eine von den großen Liebesverdrehungen, wie sie der flämische Meister so oft gemalt hat. Jacob von seiner Schafherde gefolgt, nähert sich in der Abenddämmerung der strahlendschönen Rahel, die an einem Brunnenrand sitzt, die Laute in der Hand. Aber obwohl ein kleiner Amor zwischen den beiden vermittelt, weist doch das Mädchen mit schüchterner Bewegung die Werbung zurück. Oelenheinz bestimmt aus stilistischen Gründen das Bild auf Rubens Entwicklung zwischen 1612 und 1625 und glaubt, daß zum Thal und Breughel in Nebendingen mitgearbeitet haben.

Gross-Berlin

— Die ersten Bezirksämter bestätigt. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, hat der Oberpräsident gestern die Wahlen zu den Bezirksämtern der Verwaltungsbezirke 1 (Berlin-Mitte) und 11 (Schöneberg-Friedenau) bestätigt. Die Entscheidung über die Bestätigung weiterer Bezirksämter ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

— Mieteinigungsamt für Geschäfts- und Industriehäuser. Mit dem 4. d. M. ist im Mieteinigungsamt XII ein neues Einigungsamt für Geschäfts- und Industriehäuser eröffnet, dessen Geschäftsräume sich Spandauer Str. 37 III befinden. Dieses Einigungsamt ist sachlich für alle Miet-, Wohnungs- und Heizungsangelegenheiten im gleichen Umfang wie die sonstigen Einigungsämter bzw. Schiedsstellen zuständig gegenständlich auf Geschäfts- und Industriehäuser beschränkt. Die örtliche Zuständigkeit erstreckt sich zunächst auf Alt-Berlin, die Bezirkseinteilung des Mieteinigungsamtswesens für den Bezirk der neuen Stadtgemeinde (voraussichtlich zum 1. April d. J.) durchgeführt ist. Die nach dem 1. d. M. bei den einzelnen Einigungsämtern anhängig gemachten Sachen werden dem neuen Amt zugeleitet; künftige Anträge sind unmittelbar bei ihm einzureichen.

— Bahnsteigmarken. Zur Verminderung des Verbrauchs von Fahrkartenpappe soll demnächst auf dem Görlitzer Bahnhof ein Versuch gemacht werden, statt der bisher üblichen Bahnsteigkarten Metallmarken zur Ausgabe zu bringen, die die Reisenden zum Betreten des Bahnsteiges berechtigen sollen. Die Marken, die an Stelle der Bahnsteigkarten treten sollen, werden etwa die Größe eines Zwei-Mark-Stückes haben, sie sind aus Aluminium gepägt und tragen auf der Vorderseite den Aufdruck „Bahnsteigmarke, Berlin, Görlitzer Bahnhof", während die Rückseite der Marke den Reichsadler zeigt. Die Marken, die nur zum Betreten der Bahnsteige des Görlitzer Bahnhofs berechtigen, werden von den Fahrkartenschaltern gegen die Gebühr von 10 Pf. ausgegeben, beim Betreten des Bahnsteiges vorgezeigt und beim Verlassen an der Sperre abgegeben.

— Ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter. Nach einer Bekanntmachung des Oberversicherungsamtes Groß-Berlin ist auf Grund der Reichsversicherungsordnung der ortsübliche Tagelohn für gewöhnliche Tagearbeiter jetzt folgendermaßen festgesetzt worden: für männliche Personen über 21 Jahre 16 Mk., von 16 bis 21 Jahren 12,50 Mk. und von 14 bis 16 Jahren 7,50 Mk., für weibliche Personen über 21 Jahre 12 Mk., von 16 bis 21 Jahren 9,00 Mk. und von 14 bis 16 Jahren 5,75 Mk.

— Eintragungsfrist für Zentralheizungen. Das Kohlenamt teilt uns mit, daß die Eintragung der Kohlenbezugsscheine für Zentralheizung, Warmwasserversorgung und Oberöfen bei den Aufbau Lieferung bereiten Kohlenhändlern seitens der Verbraucher bis zum 15. d. M. vorgenommen sein muß. Die Kohlenbezugsscheine sind von den Verbrauchern zum größten Teil zugestellt worden. Soweit in Einzelfällen dieses noch nicht geschehen sein sollte, werden die Bezugsscheine den Bezugsberechtigten ohne besondere Anmahnungen unmittelbar von den zuständigen Kohlenbezirksämtern in den nächsten Tagen zugehen. Verbraucher, welche die Eintragung eines Händlers auf dem Bezugsschein bis zum 15. ds. Mts. nicht herbeiführen konnten, haben ihre Bezugsscheine mit entsprechender Mitteilung dem Kohlenamt Berlin, Abt. Zentralheizung, einzureichen.

— Beilegung des Streiks bei der Mitropa. Die gestrigen Verhandlungen im Schlichtungsausschuß zwischen der Direktion und den kaufmännischen Angestellten der Mitropa haben zu einer Einigung der Parteien geführt. Die Angestellten haben gestern nachmittag noch eine Versammlung abgehalten, in der der Schiedsspruch beraten worden ist. Der Schiedsspruch ist auf dieser Versammlung von den Angestellten nach eingehender Beratungen angenommen worden. Durch diese Annahme sind auch die Schwierigkeiten beseitigt, die sich in den letzten Tagen der Abfertigung der Mehrzahl der von Berlin ausgehenden Speisewagen entgegenstellten. Die Direktion hofft, daß die Speisewagen auf allen Strecken wieder in die Schnellzüge eingestellt werden können.

— Zum Bau eines Alters- und Arbeitsheims ist dem Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten E. V. in Potsdam ausnahmsweise die Genehmigung erteilt worden, eine einmalige Geldlotterie mit einem Gesamtkapital von 1 500 000 Mk. — ausschließlich Reichsstempelabgabe — und einem Reinertrage von 500 000 Mk. in zwei gleichen Reihen und zwar in den Jahren 1921 und 1922 zu veranstalten und die Lose im ganzen preußischen Staatsgebiete zu vertreiben. Es sollen jährlich sollo bei jeder der zwei Reihen) 150 000 Lose zu je 6 Mk. einschließlich Reichsstempelabgabe — ausgegeben und 5383 Gewinne im Gesamtwerte von 250 000 Mk. ausgespielt werden. Die Ziehung der ersten Reihe soll am 12. und 13. Oktober 1921 stattfinden.

— Beschießung eines Stadtbahnzuges. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr erschien der Regierungssekretär Erdmann D. auf der Hermannstraße in Neukölln und teilte mit, daß auf den Bolkringzug Nr. 3893 in der Nähe des Bahnhofs Tempelhof soeben ein Schuß abgegeben worden sei. Er selbst habe in dem Zuge gesessen und die Kugel sei dicht an seinem Kopfe vorbeigegangen und habe eine Fensterscheibe des Abteils zertrümmert. Die Kriminalpolizei hat sofort die Untersuchung des Verbrechens in die Hand genommen.

— Ballett-Ball. Ein Kabarettprogramm, wie es noch nie dagewesen ist, wird am 19. März auf dem Ballett-Ball im Admiralspalast zu sehen sein. Auf der prunkhaften Tanzgrotte wirken als Tanzgrotteninsassen folgende Künstler mit: Sahara, Maren Jabel, Claire und Liesel, Weisermeister, Hannette Hildegarde, Olga Desmond, Salome, Willy Prager, Putzi Cassani, Ivan Andersen, Thomsen & Thomsen, Maria Orska, Senta Söneland, Paul Morgan, Rudy Rex, Trude Hesterberg, Fritz Grünbaum, Guido Thielscher, Paul Graetz, Ludmilla Spereuchaja, Hans Breitenstrater u. a. Die zu dem Fest erscheinende Festschrift „Das Tanzbein" bringt Stichbiographien unserer ersten Künstler, wie Maren Jabel, Lya Mara, Liza Weiße, Sahara, Gertrud Berghoff, Mary Zimmermann, Nia Jende, Leni Bowitz, Viktor Blagge gen. Karschen, Else Berna, Julius Eindsbosser, Ferch Sista, Rosa Porten, Senta Söneland, Arnold Ried, Paul Morgan, Gudrun Hildebrand, Egon Mangelsdorff usw. usw. Die große Balletrcvue „Zwei Jahrtausende Tanz" beginnt präzise 1 Uhr. Das Ballbureau befindet sich im Admiralspalast.

— In der Urania in der Taubenstraße wird Dr. W. Köhler am Dienstag unter Vorführung von Lichtbildern und Filmen über seine Forschungen an Menschenaffen auf der Anthropoidestation in Teneriffa sprechen. Wie bekannt, erregen die Menschenaffen, von denen sich einige prächtige Exemplare im Zoologischen Garten befinden, daß größte Interesse.

Gerichtssaal

— Diebstahl beim Prinzen August Wilhelm. Am 8. November wurde in der Wohnung des Prinzen August Wilhelm, der in dem Palais des Prinzen Albrecht, Wilhelmstr. 102, einige Zimmer innehat, auf rätselhafte Weise ein Diebstahl verübt. Der Diener des Prinzen bewohnt dort ebenfalls ein Zimmer, welches unmittelbar vor dem Wohnzimmer des Prinzen gelegen ist. Am 8. November fuhr der Prinz mit seinem Diener nach Potsdam; als er gegen 5¼ Uhr abends zurückkehrte, mußte er feststellen, daß ein wertvoller Sportpelz, ein Anzug und eine gelbe Autobrille verschwunden waren. Wer diesen Diebstahl ausgeführt hat und wie er unbemerkt zur Ausführung hat gebracht werden können, ist ganz unerklärlich. Als Täter ist schließlich der Kaufmann Walter Döring in der Schantwirtschaft „Eisernes Kreuz" in der Invalidenstraße festgenommen worden. Döring hat, wie Kriminalkommissar Tretting gestern vor Gericht bekundete, die Kriminalpolizei schon vielfach beschäftigt, obgleich er aus guter Familie stammt und der Sohn eines Kriminalschutzmanns ist. Er ist ein höchst intelligenter Berufseinbrecher, der seine Diebstähle mit großem Raffinement auszuführen pflegt und allerlei Ränke gegen Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte zu spinnen weiß. Er hat nun bald nach dem Diebstahl, am 8. November abends, bei dem Schankwirt Paul Lehmann einen Sportpelz, den Anzug und die Autobrille zum Kauf angeboten. Lehmann kaufte den Pelz, der nach sachverständigem Gutachten 7—8000 Mk. wert ist, für 1300 Mk., verkaufte ihn aber fort für 1600 Mk. weiter an den Schlächter Bernhard Remmers. Von diesem wurde er am nächsten Tage im Schankkokal „Großer Seidel" an den Kaufmann Gustav Gerth für 2800 Mk. verkauft. Dort konnte er schließlich noch beschlagnahmt werden, während der Anzug bei Remmers vorgefunden wurde. Döring, der seine Täterschaft mit dem Aufwand großer Schlauheit bestritt, hatte sich nun vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I wegen Diebstahls, die bei der Verschiebung des Pelzes beteiligten Personen wegen Hehlerei zu verantworten. Döring wurde zu vier Jahren Zuchthaus, die Hehler zu 1 Jahr 3 Monaten bzw. 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Allgemeine Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag.

Trocken und meist heiter; nachts stellenweise Frost, mittags ziemlich warm bei mäßigen, vorherrschend südöstlichen Winden.

Gesucht für Hansestadt von Privatbankhaus ein

verheirateter Beamter

nicht unter 30 Jahren, welcher befähigt ist, die Firma mit einem Prokuristen selbständig zu leiten. Da es sich um eine Vertrauensstellung handelt, wird nur auf eine allererste Kraft reflektiert. Ausführlicher Lebenslauf mit Lichtbild und Referenzen erbeten unter **L. K. 666** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Lübeck.** (1943)

Ich suche zu möglichst baldigem Eintritt einen in allen Zweigen des Bankgewerbes erfahrenen, selbständigen, nicht zu jungen **Beamten**, der besonders für die Pflege des (1941)

Konto-Korrent-Geschäftes

bestimmt ist und im Falle seiner Bewährung **Vertrauensstellung** erhalten soll.

Bewerbungen unter Angabe von Referenzen und Zeugnisabschriften erbeten.

Bankhaus F. A. Neubauer, Magdeburg.

Bank in Pommern sucht

zum baldigen Antritt einen in allen Zweigen des Bankgeschäfts erfahrenen

jüng. Beamten,

dem bei zufriedenstellenden Leistungen Vollmacht erteilt wird und der Aussicht hat, später Vorsteher einer Depositenkasse zu werden. (1934-Sp)

Offerten unter **P. 994** an **ds. Ztg.**

Handelsnachrichten

— Vom rheinisch-westfälischen Devisenmarkt. Im Verkehr der ausländischen Zahlungsmittel kamen auf den westlichen Plätzen auch heute nur sehr geringe Umsätze zustande. Die Kurse bewegten sich auf ihrem gestrigen Niveau. Abends notierten: 100 holländ. Gulden 2150—2160, Belgier 465—467, Franzosen 446—448, Pfundnoten 245—246, Dollar 62—62½, Schweizer Franken 1055—1065.

— Verein der Mitglieder der Hamburger Wertpapierbörse. Der Verein stellt in seinem Jahresbericht als charakteristisch für die derzeitigen Verhältnisse fest, daß das Publikum für festverzinliche deutsche Staats- und Kommunalwerte nur wenig Interesse zeige. Bevorzugter waren Obligationen erster industrieller Unternehmungen und Hypothekenbanken. Das Hauptinteresse des Publikums konzentrierte sich aber auf den Aktienmarkt. Auch das Devisen-, Kassa- und Termingeschäft gewann durch die Hebung des Einfuhr- und Ausfuhrgeschäfts an Ausdehnung. In der Generalversammlung wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß dem Vorstande von einer Verabredung, wonach die Großbanken übereingekommen seien, bei der Abrechnung von Dokumenten nur Schecks von Großbanken und keine von Privatbanken in Zahlung zu nehmen, nichts bekannt sei.

— Umlauf von Darlehnskassenscheinen. Am 31. Januar 1921 waren Darlehnskassenscheine im Betrage von 34 224 000 000 ℳ ausgegeben. Hiervon befanden sich 11 292 436 000 ℳ im freien Verkehr.

— Banque d'Escompte de Perse. Nach aus Teheran eingelaufenen telegraphischen Nachrichten hat am 2. März d. J. die persische Regierung auf Grund des zwischen ihr und der Moskauer Räteregierung geschlossenen Vertrages die vormals russische Banque d'Escompte de Perse übernommen. Etwaigen deutschen Gläubigern dieser Bank wird anheimgestellt, ihre Ansprüche bei der deutschen Gesandtschaft in Teheran zwecks Vertretung gegenüber der persischen Regierung anzumelden.

— Vogtländische Creditanstalt Akt.-Ges. in Falkenstein i. V. Zu der Nachricht über die Verteilung einer Dividende von 10 % teilt die Verwaltung mit, daß die Aufsichtsratssitzung, welche über den Dividendenvorschlag beraten soll, noch nicht stattgefunden habe. Ueber die Höhe der Dividende könne nichts gesagt werden, da irgendeine Verständigung in dieser Frage innerhalb der Verwaltung noch nicht zustande gekommen sei und die Erwägungen noch schweben.

— Ottensener Bank in Altona. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 14 % fest und genehmigte die Regularien.

— Hypothekenbank Saarbrücken A.-G. Im Geschäftsjahre wurden an Zinsen 646 390 ℳ (6586 ℳ) und an Provisionen 178 877 ℳ (28 677 ℳ) vereinnahmt, während Zinsen 523 894 ℳ und Generalunkosten 115 421 ℳ (6805 ℳ) erforderten, sodaß einschl. 14 058 ℳ (0) Vortrag ein Reingewinn von 209 011 ℳ (14 058 ℳ) verbleibt, woraus eine **Dividende** von 3,75 % (0 %) verteilt wird. Nach der Bilanz betragen Kommunalobligationen 22 360 600 ℳ (2 145 000 ℳ) und andererseits Hypotheken 10 015 962 ℳ (571 000 ℳ), Gemeindedarlehen 22 830 527 ℳ (2 145 788 ℳ) und Kasse, Reichsbank und Schatzwechsel 4 107 743 ℳ (288 766 ℳ).

— Société Anonyme des Hauts-Fourneaux et Aciéries de Rumelange-St. Ingbert en liquidation. Die Gesellschaft bringt nunmehr eine zweite **Liquidationsrate** von **500 belg. Francs** zur Verteilung.

— Maschinen- und Fahrzeugfabriken Alfeld-Delligsen Aktiengesellschaft. Der Aufsichtsrat schlägt **15 % Dividende** gegen 12 % i. V. für die alten und **7½ %** für die neuen Aktien vor.

— Alfred Gutmann Actiengesellschaft für Maschinenbau in Hamburg. Die Verwaltung erklärt, daß das abgelaufene Geschäftsjahr günstig war und voraussichtlich eine Erhöhung der Dividende (i. V. 28 %) bringen dürfte. Die in Berlin verbreiteten Gerüchte über den Abschluß und die Höhe der Dividende seien übertrieben. Die Gesellschaft ist mit Aufträgen reichlich und für längere Zeit versehen.

— Maschinenfabrik Akt.-Ges. vormals Wagner & Co. in Cöthen. Der am 2. April stattfindenden Generalversammlung wird eine Kapitalserhöhung um 1 115 000 ℳ auf 2 800 000 ℳ durch Ausgabe von 1115 Inhaberaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1921, die den Aktionären als **Gratisaktien** überlassen werden sollen, vorgeschlagen.

— Deutsche Mühlmaschinenfabrik A.-G. in Brandenburg a. H. Einer am 31. März stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung wird die Annahme eines Vertragsangebotes zwecks Erweiterung der Fabrikation, eine Kapitalserhöhung um 3 Mill. Mark auf 6,8 Mill. Mark sowie die Umänderung der Namensstammaktien und Namensvorzugsaktien in Inhabervorzugsaktien vorgeschlagen.

— Christoph & Unmack Aktiengesellschaft. Neuhof bei Niesky (O.-L.). Der Aufsichtsrat schlägt der am 31. März stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eine Kapitalserhöhung um 20 Mill. Mark auf 30 Mill. Mark vor durch Ausgabe von je 10 Mill. Mark Vorzugs- und Stammaktien.

— Oberbayerische Ueberland-Zentrale Akt.-Ges. in München. Die Gesellschaft erzielte einen Reingewinn von 379 772 ℳ (i. V. 204 753 ℳ) und verteilt **8 %** (i. V. 7 %) **Dividende.** Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß und den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 5 Mill. Mark auf 8 Mill. Mark. Die 3 Mill. Mark mit 25 % eingezahlten und ab 1. Januar 1921 gewinnberechtigten Aktien werden von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zu 115 % übernommen, die davon 2/5 Mill. Mark den Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu 121 % anbietet. Neu in den Aufsichtsrat wurde gewählt Bankier Schröder, Bremen.

— Pongs Spinnereien und Webereien Aktien-Gesellschaft in Odenkirchen. Dem Bericht des Vorstandes ist folgendes zu entnehmen: Wir konnten unsere Betriebe im Umfange des Vorjahres aufrechterhalten und unsere Erzeugnisse voll absetzen. Das Ergebnis ist als günstig zu bezeichnen. Unser Aktienkapital ist gemäß Beschluß der Generalversammlung vom 25. März 1920 auf 3 000 000 ℳ erhöht und besteht aus 3000 Stück gleichberechtigten Aktien über je eintausend Mark, welche an dem Ergebnis des Jahres 1920 voll Anteil haben. Die Aktien sind an der Börse in Berlin eingeführt. Ein bei der Ausgabe der neuen Aktien erzielter Agio-Gewinn von 42 520 ℳ ist der gesetzlichen Rücklage zugeführt worden. Im laufenden Geschäftsjahr ist die Beschäftigung vorerst ungünstig, wir hoffen, daß der weitere Verlauf des Jahres besser sein wird. Die Gesellschaft erzielte für 1920 aus Waren 6 874 351 ℳ (i. V. 1 016 490 ℳ), aus Zinsen 78 425 Mark (95 487 ℳ) und aus Mieten 7639 ℳ (6965 Mark); nach Absetzung der Unkosten, Steuern und Versicherungen sollen aus dem Reingewinn von 2 892 671 ℳ (637 860 ℳ) zu Abschreibungen 65 666 ℳ (37 786 ℳ) verwandt, eine **Dividende** von **30** % auf das vereinheitliche Kapital (i. V. 20 % auf die Stammaktien und 26 % auf die Vorzugsaktien) verteilt werden. Der gesetzlichen Rücklage werden 107 479 ℳ überwiesen. Auf Erneuerungs-Konto werden 1 000 000 ℳ zurückgestellt, für Zinsbogensteuer 33 000 ℳ, zum Arbeiter- und Angestelltenunterstützungsbestand 100 000 ℳ (wie i. V.), für Arbeiterwohnungen 50 000 ℳ, Vortrag auf neue Rechnung 135 925 ℳ. In der Bilanz erscheinen u. a.: Kassa 6344 ℳ (15 638 ℳ), Wertpapiere 581 400 ℳ (747 450 ℳ), ausstehende Forderungen 6 569 873 ℳ (1 888 553 ℳ), Waren-Konto 2 290 577 ℳ (519 854 ℳ), Kreditoren 3 491 160 ℳ (726 328 ℳ).

— Mech. Baumwoll-Spinnerei u. Weberei in Augsburg. Die Generalversammlung genehmigte die Vorschläge der Verwaltung, darunter die Verteilung einer Dividende von 24 % (i. V. 20,4 %). Im Berichtsjahre habe die Arbeitslust bedeutend zugenommen. Die Absatzverhältnisse seien noch befriedigend. Für eine Reihe von Monaten liegen Aufträge vor.

— Augsburger Kammgarn-Spinnerei in Augsburg. Laut Bericht des Vorstandes nahm das Jahr 1920 einen in jeder Beziehung ungewöhnlichen Verlauf und stand fast gänzlich unter dem Einfluss der Valutaverhältnisse. Auf 3 oder 4 Monate fieberhaft erregten Geschäftes mit stürmischer Nachfrage und sprunghaft steigenden Preisen folgten 4 Monate beängstigender Geschäftsstille mit scharf rückgängiger Preisrichtung. Wgrend der ersten Periode stieg der Dollar von rund 50 ℳ auf über 100 ℳ und in der zweiten fiel er auf 35 ℳ. Als im August die Devisenkurse wieder anzogen und die ausländischen Wollmärkte gleichzeitig feste Haltung aufwiesen, konnte sich nochmals ein lebhaftes Geschäft mit steigenden Preisen entwickeln, das aber um die Mitte November wiederum einen Stoß erlitt, als gleichzeitig mit einer Ermäßigung der Devisenkurse auch die Wollpreise auf den Weltmärkten zurückgingen. Das Jahr schloß mit hochgradiger Geschäftsstille und in sinkender Preisrichtung. Merino-Wollpreise gingen im Laufe des Jahres vom 40fachen des Friedenspreises auf ungefähr das 20fache desselben zurück. Die Steigerung der Löhne und Gehälter hielt das ganze Jahr über an. Ungenügende Versorgung mit Kohle zwang im ersten Halbjahr zu wiederholter weitgehender Einschränkung des Betriebes. Für Steuern bzw. Abschlagszahlungen darauf sowie gesetzliche Beiträge zur Arbeiter- und Angestellten-Versicherung wurden 2 525 187 ℳ, für freiwillige Leistungen zugunsten unserer Arbeiter und Angestellten 827 209 ℳ aufgewendet. Die im Gefolge der Entwertung der Mark aufgetretene riesige Preissteigerung zwang zu einer Verstärkung der Betriebsmittel, welche in Form der Erhöhung des Aktienkapitals von 2 880 000 ℳ auf 5 500 000 ℳ durchgeführt wurde. Während der letzten Kriegs- und Nachkriegsjahre war es unmöglich, in gewohnter Weise für Instandhaltung und Erneuerung des Werkes zu sorgen. Andererseits hatten diese Jahre erhöhte Anforderungen an die bauliche und maschinelle Einrichtung des Werkes gestellt. Neuanschaffungen machen sich also, wenn die Anlage dauernd auf der Höhe gehalten werden soll, in den nächsten Jahren in erhöhtem Umfange gebieterisch nötig. Bei der riesigen Verteuerung aller Waren beanspruht aber jede Neuanschaffung das Zwanzig- und Mehrfache des Vorkriegspreises. Das Erträgnis wurde besonders durch drei Umstände günstig beeinflußt, nämlich durch das Freiwerden von Rücklagen, die während der Kriegsjahre für gefährdet gewesene Belange hatten gemacht werden müssen, durch die unversehrte Ankunft von Rohwollen, die während des Krieges billig, aber unter ungewöhnlichem Risiko, gekauft worden waren, und endlich durch die Möglichkeit gesteigerter lohnender Ausfuhr infolge des Tiefstandes der Mark, bevor die Höhe der Herstellungskosten sich diesem Tiefstand anpassen konnte. Diese Umstände gestatten, trotz der in gewohnter Weise vorgenommenen sehr vorsichtigen Bewertung der Bestände, neben der Ausschüttung einer Dividende von 22 % die Gewährung eines Bonus von 10 %. Ueber die Aussichten für das angefangene Jahr läßt sich heute kaum etwas sagen. Der gegen Ende des Jahres eingetretene Preissturz zwang zu entsprechend vorsichtiger Bewertung der Bestände. Inwieweit die darin liegende Vorsorge für die Zukunft ausreicht, um die Wirkung der im neuen Jahre in voller Schärfe zum Ausbruch gekommenen Absatzkrisis und anderer ungünstiger Umstände auszugleichen, kann erst die Zukunft lehren. Der Bruttogewinn beträgt einschließlich 358 809 ℳ Vortrag 36 250 890 ℳ (i. V. 10 553 524 ℳ), Unkosten erfordern 31 629 529 ℳ (8 813 856 ℳ), sodaß nach 134 497 ℳ (176 128 ℳ) Abschreibungen ein Reingewinn von 4 486 863 ℳ (1 968 640 ℳ) verbleibt, der folgende Verwendung finden soll: 22 % Dividendeund 10 % Bonus 1 760 000 ℳ (21 % = 604 800 ℳ), Beamtenpensionsrücklage 500 000 ℳ, Arbeiterpensionsrücklage 300 000 ℳ (i. V. für beide Rücklagen 200 000 ℳ), Unterstützungsrücklage 200 000 ℳ (100 000 ℳ), Rückstellung für Werkswohnungsbauten 1 000 000 ℳ (0), Vortrag 726 863 ℳ. Nach der Bilanz haben sich die Vorräte auf 25,7 Mill. Mark (10,8 Mill. Mark) erhöht. Die flüssigen Mittel werden mit 1 197 791 ℳ (2,5 Mill. Mark) ausgewiesen. Die Debitoren einschließlich Bankguthaben belaufen sich auf 15 244 380 ℳ (2,5 Mill. Mark). Die Kreditoren werden mit 13 742 385 ℳ (10,08 Mill. Mark) ausgewiesen.

— Dittersdorfer Filz- und Kratzentuchfabrik, Dittersdorf bei Chemnitz. Der am 8. April stattfindenden ordentlichen Generalversammlung wird eine Kapitalerhöhung von 4 Millionen Mark auf 8 Millionen Mark vorgeschlagen, durch Ausgabe von 3750 Inhaberaktien und von 250 Vorzugsnamensaktien Serie B zum Kurse von 100 % unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes.

— Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G. in Mainz-Kostheim. Im Geschäftsbericht wird folgendes ausgeführt: „Die Ende Oktober 1919 wegen Kohlenmangel notwendig gewordene Stillegung unseres Betriebes hat auch die ersten drei Monate des Berichtsjahres angehalten. Vom April ab hat die Kohlenbelieferung allerdings nur in den geringwertigsten Sorten in flottem Tempo eingesetzt, während die Zufuhr in gutem Brennmaterial nach wie vor gänzlich unzureichend blieb, sodaß wir auch während des übrigen Jahres vielfach mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die Produktionseinschränkungen nach sich zogen. Außerdem haben wir einen erheblichen Schaden infolge des Hochwassers Anfang vorigen Jahres, und zwar durch Ueberfluten unserer Holzlagerplätze, erfahren. Unsere Vorräte haben zwar keinerlei wirklichen Verlust erlitten, wir haben aber annähernd 400 000 ℳ aufwenden müssen, um das abgetriebene Holz anzufahren und wieder aufzusetzen. Das Gewinnergebnis ist naturgemäß infolge aller dieser Ausfälle stark beeinträchtigt. Dem gesetzlichen Reservefonds ist der bei der Durchführung der Kapitalserhöhung erzielte Agiogewinn in Höhe von 106 809 ℳ zugeführt worden, während das bei der Ausgabe der neuen Obligationsschuld entstandene Disagio mit 120 000 ℳ über Gewinn- und Verlustkonto abgebucht ist. In das neue Jahr sind wir mit großen Beständen an Roh- und Betriebsstoffen hineingegangen. Ueber die Aussichten des laufenden Jahres läßt sich mit Bestimmtheit nichts sagen." Die Verwaltung bringt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ausschüttung einer **Dividende** von **12** % (i. V. 6 %) auf 6 Mill. Mark (4 Mill. Mark) Stammaktien in Vorschlag. Die Vorzugsaktien erhalten 10 % pro rata der Einzahlung, die mit 25 % erfolgt ist. Der Abschluß stellt sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt: Der Fabrikationsgewinn beträgt 7 192 834 ℳ (1 680 698 ℳ). Dagegen erforderten Unkosten usw. 5 379 266 ℳ (1 258 050 ℳ), Abschreibungen 558 921 Mark (137 929 ℳ). Der Reingewinn beträgt einschließlich Vortrag 1 368 158 ℳ (351 004 ℳ) zu folgender Verteilung: Dividende gleich 745 000 ℳ (240 000 ℳ), Rückstellungen 54 982 ℳ (—), Tantiemen und Gratifikationen 122 500 ℳ (56 992 Mark), Vortrag 235 676 ℳ (54 012 ℳ). In der Bilanz erscheinen unter anderem: Holzvorrat 9 652 680 ℳ (3 793 487 ℳ), Kohlen- und Schwefelvorrat 6 958 279 ℳ (174 438 ℳ), Materialien 1 542 939 ℳ (516 492 ℳ), Fertiges und halbfertiges Fabrikat 2 821 898 ℳ (172 782 ℳ), Betriebsmaterialien 467 182 ℳ (253 246 ℳ), Debitoren 3 895 933 Mark (1 975-558 ℳ), Effekten 709 000 ℳ (1 078 000 Mark), Kreditoren 14 303 285 ℳ (3 038 176 ℳ).

— Mimosa A.-G. in Dresden. Der Aufsichtsrat schlägt eine **Dividende** von wieder **24** % vor.

— Schlesische Dampfer-Compagnie — Berliner Lloyd A.-G. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, bei 734 000 ℳ (660 000 ℳ) Abschreibungen **15** % (12 %) **Dividende** zu verteilen und der auf den 23. April einberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, das Stammkapital um 7 000 000 ℳ auf 14 000 000 ℳ zu erhöhen, welches den alten Aktionären etwa zum Preise von 160 bis 170 % offeriert werde können, und außerdem werden 14 000 000 ℳ Vorzugsaktien ausgegeben, die im Tausch gegen den gleichen Betrag Vorzugsaktien der Hamburg-Amerika Linie von dieser übernommen werden sollen. — Die Hapag erweitert ihre Interessen hiermit erstmalig auf die Binnenschiffahrt, während von kleineren Reedereien diese Verquickung schon ausgeübt wird.

— Bugsier-, Rhederei- und Bergungs-Akt.-Ges. in Hamburg. Im Prospekt, auf Grund dessen 15 Mill. Mark neue Aktien zur Hamburger Börse zugelassen worden sind, bemerkt die Verwaltung: Für das Jahr 1920 waren die Ergebnisse gut. Es ist mit einer entsprechenden Dividende (i. V. 30 %) zu rechnen. Die Aussichten für das laufende Jahr sind in Anbetracht des fallenden Frachtenmarktes schwer zu beurteilen.

— Allgäuer Brauhaus A.-G. in Kempten. Der Aufsichtsrat beruft auf den 30. März eine außerordentliche Generalversammlung ein zur Beschlußfassung über den Antrag, das Vermögen der Aktienbrauerei Kempten im ganzen zu erwerben in der Weise, daß der Gegenwert von 1 275 000 ℳ unmittelbar an die Aktionäre der genannten Gesellschaft geleistet wird, und zwar teils in 5 % Schuldverschreibungen der Erwerberin, teils in Geld. Im Zusammenhang damit soll der Aufsichtsrat ermächtigt werden, 1 000 000 ℳ 5%ige, auf den Namen lautende, durch Indossement übertragbare, mit 103 % rückzahlbare Teilschuldverschreibungen auszugeben und die weiteren Bedingungen dieser Anleihe festzusetzen.

— Kakao-Compagnie Theodor Reichardt G. m. b. H. Wandsbek. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Gesellschaftskapitals um 26 Millionen Mark auf 50 Millionen Mark.

— Schlesische Mühlenwerke A.-G. in Breslau. Wie bereits kurz gemeldet, beabsichtigt die Gesellschaft eine Verdoppelung ihres Kapitals auf 7,2 Mill. Mark durch Ausgabe von 3600 Inhaberaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1921. Die ordentliche Generalversammlung, der außerdem noch mehrere Satzungsänderungen vorgeschlagen werden, findet am 8. April statt.

— Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft in Hamburg. Die Gesellschaft verteilt **6 % Dividende** (i. V. 3 %).

— Wilhelmshavener Hochseefischerei A.-G. in Wilhelmshaven. Auf der Tagesordnung einer am 2. April stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung steht ein Antrag auf Abänderung des Gegenstandes des Unternehmens durch Abtretung von Landanlagen und deren Einbringung in eine neu zu errichtende Fischmarktgesellschaft sowie auf Erhöhung des Grundkapitals um einen noch unbestimmten Betrag.

— Kapitalbedarf einer holländisch-deutschen Gesellschaft. Die Overzeesch-Hardhout Import Mij. („Ohim") emittiert 1 Million Gulden 7 %ige Obligationen zum Parikurs. Diese Gesellschaft, die nach ihrer ersten Bilanz am 31. Dezember 1919 je 0,8 Mill. Gulden Stammaktien und 7 %ige kumulative am Gewinn beteiligte Vorzugsaktien, ferner 50 000 Gulden 5 %ige Vorzugsaktien ausständig hatte, hat inzwischen ihr Aktienkapital dermaßen ausgedehnt, daß je 1,15 Millionen Gulden Stammaktien und 7 %ige Vorzugsaktien der erwähnten Gattung ausgegeben sind. Die 5 %igen Vorzugsaktien wurden emittiert, um ausländische Einmischung zu verhindern. In Verbindung mit der Ausdehnung des Geschäftes wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Niederlassungen in Groningen und Antwerpen errichtet, während in Hamburg die „Ohim" Deutsche Holz-Importgesellschaft A.-G. mit einem Gesellschaftskapital von 25 Millionen Mark ins Leben gerufen wurde. Von diesen 25 Millionen Mark sind 2 Millionen Mark Vorzugsaktien. Diese besitzen 20 faches Stimmrecht und lauten auf Namen, und da sie durchwegs im Besitze der holländischen „Ohim" sind, übt diese die Kontrolle über die deutsche „Ohim" aus. Von den 23 Millionen Mark Stammaktien der deutschen „Ohim" wurden 13 Millionen Mark unter der Hand plaziert und 10 Millionen Mark im Juni des vorigen Jahres in Holland zu 110 Prozent zur Zeichnung aufgelegt. In dem Prospekt wurde damals mitgeteilt, daß die offizielle Notierung der Aktien der deutschen „Ohim" an den deutschen Börsen nachgesucht werden solle, was indessen noch nicht geschehen ist. Die Errichtung der deutschen „Ohim" erfolgte, um das Absatzgebiet der holländischen Hauptgesellschaft in Mitteleuropa zu vergrößern und die neuen Grenzstaaten intensiver zu bearbeiten. Diesbezüglich wird in dem jetzt veröffentlichten Prospekt mitgeteilt, daß die holländische und die deutsche Gesellschaft kürzlich für gemeinschaftliche Rechnung die Säge-Betriebe von Franz Krause in Danzig und der Nürnberger Firma Leonhard Schaeff in Zapfendorf und Mögeldorf übernommen haben. Diese Geschäfte werden als selbständige Gesellschaften unter der Firma Bayerische „Ohim" und Danziger „Ohim" weiter geführt. Ferner wurde von der holländischen und von der deutschen Ohim gemeinschaftlich mit einer englischen Gruppe ein Waldbesitz im Ausmaß von 67 000 Hektar in Polen angekauft. Schließlich wurden in Surinam (Holländisch-Guyana) von der holländischen „Ohim" ausgedehnte Waldterrains übernommen. Außer in Rotterdam und Amsterdam hat diese Gesellschaft jetzt Niederlassungen in Schiedam, Breda, Groningen, Semarang, Paramaribo (Holl. Guyana), Antwerpen, Hamburg, Danzig, Nürnberg, Port Gentil im Congo-Staat und Makassar (Holl. Indien), während sie in Bangkok (Siam) eine Einkaufsgesellschaft besitzt. Für 1919 wurde auf die Stammaktien 18 % und auf die 7 %igen gewinnbeteiligten Vorzugsaktien 8,1 % Dividende verteilt. Für 1920 werden auf das erhöhte Aktienkapital die gleichen Dividenden in Aussicht gestellt. Die jetzt zur Ausgabe gelangende Anleihe dient zur Finanzierung der verschiedenen Untergesellschaften. Von 1926 an wird die Anleihe im Wege jährlich stattfindender Auslosungen zum Parikurs amortisiert. Vorzeitige Amortisation, die aber erst von 1926 an erfolgen kann, hat mit einem Aufgeld von 2½ %, also zu 102½ % zu geschehen.

— Hugo Haase, A.-G. in Hannover. Das Geschäftsjahr 1920 erbrachte an Einnahmen aus Zinsen von Debitoren 102 985 ℳ (109 701 ℳ), aus Verkäufen 302 610 ℳ (0), aus dem Betrieb 2 786 998 Mark (1 188 485 ℳ); dagegen erforderten Platzmieten, Gehälter, Löhne, Kohlen, Reisekosten und Unkosten 1 123 057 ℳ (660 853 ℳ), Steuern und Abgaben 104 329 ℳ (25 752 ℳ), Frachten 319 972 Mark (126 510 ℳ), Abschreibungen 1 421 162 ℳ (402 514 ℳ), sodaß sich einschließlich des Vortrages aus 1919 mit 15 644 ℳ (2898 ℳ) ein Reingewinn von 239 718 ℳ (185 449 ℳ) ergibt, der wie folgt verteilt wurde: **14** % (12½ %) **Dividende** gleich 140 000 ℳ (125 000 ℳ), Reservefonds 10 000 ℳ (10 000 ℳ), an den Aufsichtsrat 13 129 ℳ (6804 ℳ), Tantieme für die Beamten 50 000 ℳ (25 000 ℳ) und Vortrag auf neue Rechnung 26 592 ℳ. Eine große Enttäuschung hat der Gesellschaft ihr größtes Unternehmen, der H. H. Park in Stellingen, gebracht. Während derselbe im vergangenen Jahre einen Bruttogewinn von 156 899 ℳ zu verzeichnen hatte, brachte er in diesem Jahre einen Verlust von 195 418 ℳ. Durch erforderliche Renovierungen im H. H. Park, besonders der Szeneriebahn, hat sich die Beteiligung der Haase A.-G. an diesem inzwischen bis auf 1 600 000 ℳ erhöht. Der Pachtvertrag mit Hagenbeck läuft im Jahre 1923 ab. Da nun der größte Teil des investierten Kapitals für Bodenbewegungen verausgabt wurde und die Gesellschaft außerdem die Verpflichtung übernommen hat, das Areal nach Ablauf des Vertrages wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen, so dürfte dann dort keine größere Aktiva mehr vorhanden sein. Die Verwaltung sieht sich aus diesem Grunde veranlaßt, die Rückstellung um weitere 750 000 ℳ zu erhöhen, um so zu erreichen, daß im Jahre 1923 die Rückstellungen für dieses Unternehmen die gleiche Höhe erreicht haben wie das investierte Kapital.

— Film Transport-Versicherungs-A.-G. in Berlin. Einer auf den 6. April einberufenen außerordentlichen Generalversammlung wird eine Fusion mit der „Universale" Versicherungs-A.-G. in Berlin vorgeschlagen. Im Falle des Nichtzustandekommens dieser Fusion wird eine Kapitalerhöhung um 200 000 ℳ auf 500 000 ℳ beabsichtigt.

— Decla-Bioscop-Film-Aktiengesellschaft — Filmbank Aktiengesellschaft. Die in den letzten Tagen mit der Filmbank Aktiengesellschaft bzw. deren Direktor W. Ad. Bintz geführten Verhandlungen wegen Uebernahme der Aktien-Emission von 20 Millionen Mark junger Aktien der Decla-Bioscop-Film-Aktiengesellschaft durch die Filmbank haben sich zerschlagen. Direktor Bintz hat den ihm angebotenen Eintritt als Vorsitzender des Vorstandes abgelehnt.

— Leipziger Westend-Baugesellschaft in Leipzig. Aus einem Reingewinn von 521 103 ℳ (322 498 ℳ) gelangt eine **Dividende** von **10** % (wie i. V.) pro Aktie und von **1000** ℳ (250 ℳ) pro **Genußschein** zur Verteilung.

— Neue Aktiengesellschaft. Die Firma J. von Schwarz in Nürnberg ist unter dem Namen J. von Schwarz Aktiengesellschaft in eine Aktiengesellschaft mit 4,5 Millionen Mark Grundkapital umgewandelt und in das Handelsregister eingetragen worden.

— Neue Zahlungsstockung in New-York. Die große Spitzen- und Stickereifirma P. K. Wilson & Son, New-York ist laut „Konfektionär" in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten betragen 2 500 000 $. Ein Moratorium bis zum September 1921 ist der Firma bewilligt worden und die Geschäfte werden unter einem Gläubigerausschuß geführt, der die angeblich auf 4 800 000 $ geschätzten Aktiven verwalten soll.

— Kapitalerhöhungen.

A.-G. für automatischen Verkauf in Berlin. Um 1 Mill. Mark auf 3,5 Mill. Mark. Ord. am 30. März.

— „Verkauf" und unentgeltliche Veräußerung von Geschäftsanteilen einer G. m. b. H. Die G. m. b. H. ist vom rechtlichen Standpunkt aus ein Mittelding zwischen der offenen Handelsgesellschaft und der Aktiengesellschaft. Im Gegensatz zu der leichten Uebertragung von Aktien ist bei der G. m. b. H. die Uebertragung der Geschäftsanteile grundsätzlich erschwert. Das Gesetz erlaubt die Veräußerung, aber nur unter gewissen Voraussetzungen. Es gibt den Gesellschaftern das Recht, die Uebertragung durch Gesellschaftsvertrag an weitere Voraussetzungen zu knüpfen. So kann jede Abtretung von der Genehmigung der Gesellschaft abhängig gemacht werden. Hat eine Gesellschaft diesen Willen, bringt sie ihn aber nur dadurch zum Ausdruck, daß sie den „Verkauf ohne Genehmigung ausschließt, so kann sie nichts gegen eine unentgeltliche Veräußerung (Schenkung) einwenden. In diesem Sinne hat unlängst das Reichsgericht auf Grund der nachstehenden Tatbestandsmerkmale entschieden. Der Ehemann der Klägerin war bei einer Leipziger G. m. b. H. mit 10 000 ℳ beteiligt. Im Jahre 1917 hat er einen Geschäftsanteil unter Beachtung der gesetzlichen Formvorschriften seiner Ehefrau ge-

Damit die Zustellung keine Unterbrechung erleidet, bitten wir das ABONNEMENT für das II. QUARTAL 1921 schon jetzt zu erneuern

ABONNEMENTS-EINLADUNG
AUF DIE
MIT VOLLSTÄNDIGEM KURSZETTEL ERSCHEINENDE
BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG

Bezugspreis Vierteljährlich 36.— M. monatlich 12.— M.
Die Geschäftsstelle in BERLIN W 8, KRONENSTRASSE 37
sowie sämtliche Postanstalten und alle Spediteure nehmen Bestellungen entgegen

DAS DEUTSCHE BANKIER-BUCH
Verlag der „Berliner Börsen-Zeitung". Berlin W 8, Kronenstraße 37
XI. JAHRGANG 1920
Mit weißem Papier durchschossen 180 M. zuzüglich 20 % Teuerungs-Aufschlag
Preis 102 M. zuz. 20% Teuerungs-Aufschlag

schenkt. Die übrigen Gesellschafter können ab, die Klägerin als Gesellschafterin anzuerkennen, weil die Veräußerung der Geschäftsanteil der Gesellschaft bedurft hätte. Dann nach einer Aenderung des Gesellschaftsvertrages über das Verkaufsrecht der Gesellschaft ist „der Verkauf von Geschäftsanteilen an andere Personen als die jeweiligen Gesellschafter von der Genehmigung der Gesellschaft abhängig". Obgleich in dem Antrage zu der Aenderung statt „Verkauf" „Veräußerung" gestanden hat, haben Landgericht Leipzig und Oberlandesgericht Dresden die Beklagte verurteilt anzuerkennen, daß die Klägerin mit dem geschenkten Geschäftsanteil an der Gesellschaft beteiligt ist. Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden mit folgenden Entscheidungsgründen bestätigt: Die Entscheidung hängt davon ab, ob die Bestimmung des Gesellschaftsvertrages, daß der Verkauf eines Geschäftsanteils der Genehmigung der Gesellschaft bedarf, auf jede Art von Veräußerung, auch die unentgeltliche, auszudehnen ist. Der Vorderrichter hat das unter Berücksichtigung der Vorgänge, namentlich des mit der Abänderung der Satzung verfolgten Zweckes sowie unter Verwertung der erhobenen Beweise ohne Rechtsirrtum verneint. Ist nicht, wie das Gesetz es zuläßt, die Abtretung des Geschäftsanteils an die Genehmigung der Gesellschaft gebunden, sondern nur der Verkauf, so ist das ohne in ihrem Wortlaut unzweideutige Einschränkung, die der Leser höchstens auf Grund des übrigen Inhalts der Satzung zu korrigieren berechtigt und verpflichtet wäre. Es muß jedoch dabei bleiben, daß die Satzung nicht gegen ihren Wortlaut ausgelegt werden kann, Wer auf Grund einer Schenkung einen Geschäftsanteil der Beklagten erwirbt, kann sich darauf berufen, daß die Satzung ihres Gesellschaftsvertrages der Rechtsgültigkeit seines Erwerbes nicht entgegensteht. (Aktenzeichen: II. 313/20. — 25. 1. 21.)

— Die privaten Telegraphenanlagen. Der neue Staatssekretär für Telegraphie, Dr. Bredow, hat vor einiger Zeit auf einer Tagung von Fachverbänden in Hannover u. a. geäußert, daß das Reichspostministerium eine Aenderung der Bestimmungen über die privaten Telegraphenanlagen plane. Eine Aenderung dieser Bestimmungen liegt völlig im Interesse der Beteiligten. Leider ist nach dem, was bisher bekannt geworden, nicht anzunehmen, daß das Reichspostministerium die Aenderungen in der gewünschten Richtung plant. Die geltenden Bestimmungen zwingen zu außerordentlich unwirtschaftlichen Doppelanlagen und verhindern einen organischen und ökonomischen Aufbau der privaten Fernsprechbetriebe, deren Bewegungsfreiheit sie außerordentlich einschränken. Auf Veranlassung der Handelskammer Essen haben in der letzten Zeit wiederholt Besprechungen der Beteiligten stattgefunden, zu dem Zwecke, die Wünsche der Besitzer privater Fernsprechbetriebe beim Reichspostministerium zur Geltung zu bringen. Den Besprechungen lag eine von Herrn Schröder (Fernsprech- und Telegraphenamt der Thyssenwerke, Hamborn) ausgearbeiteter Abänderungsentwurf zugrunde. Auf Grund der Besprechungen hat in diesen Tagen zugleich im Namen der Handelskammern Bochum, Dortmund und Duisburg-Wesel die Handelskammer Essen eine Eingabe an den Reichspostminister gerichtet. In ihr wird betont, daß die Aenderungen keine Schmälerung in den Einnahmequellen der Reichspostverwaltung herbeiführen sollen, obwohl den geltenden Gebühren teilweise eine Gegenleistung nicht entspricht. Sie weisen jedoch darauf hin, daß die deutsche Volkswirtschaft sich Unwirtschaftlichkeiten, wie sie insbesondere in Gestalt von Doppelanlagen eine Folge der jetzigen Bestimmungen sind, nicht leisten könne. Zugleich wird bei den vorgeschlagenen Aenderungen eine gerechtere Verteilung der Gebühren auf die Teilnehmer beabsichtigt. Aus dem Vorschlage ist hervorzuheben, daß die Handelskammern eine unbeschränkte Zahl von Nebenanschlüssen, deren Höhe bekanntlich gegenwärtig auf 5 für einen Hauptanschluß begrenzt ist, wünschen. An deren Stelle soll eine Höchstbelastung pro Hauptanschluß mit etwa 12- bis 15 000 Gesprächen treten, deren Zahl durch automatische Gesprächszähler festzustellen wäre.

— Außenhandelsstelle der Metallwirtschaft. Zur Vermeidung von Verzögerungen bittet die Außenhandelsstelle der Metallwirtschaft (Metallwirtschaftsbund), Berlin W. 35, Potsdamer Steaße 122 a/b, dringend darum, sämtliche für sie bestimmten Schriftstücke und Sendungen an vorgenannte Adresse, aber nicht an die persönliche Adresse ihres Vorsitzenden oder des Reichsbevollmächtigten zu richten.

— Von der Leipziger Messe. Eine stark besuchte Versammlung der Messeaussteller in Leipzig richtete an das Reichswirtschaftsministerium telegraphisch die dringende Aufforderung zur Abschaffung der Lieferungswerkbescheinigung und bisher gehandhabten Preiskontrolle.

Schiffsnachrichten.

— Norddeutscher Lloyd, Dampfer „Grille" am Dienstag, den 8 März, von Danzig nach Swinemünde abgefahren. Dampfer „Nymphe" am Dienstag, den 8. März, von Danzig über Pillau nach Libau abgefahren.

Fremde Börsen.

Frankfurt a. M., 11. März. (Priv.-Tel.) Zu lebhaftem Geschäft kam es heute in den im freien Verkehr gehandelten Industrieaktien. Mansfelder Kuxe stellten sich bei großer Nachfrage auf 4725—4750. Ferner waren Chemische Rhenania weiter anziehend mit 720—730. Südseephosphat notierten 1795—2025, Deutsche Petroleum alte 720, junge 715. Otavi Minen waren mit 660 lebhafter. Genußscheine notierten 560. 5 % Gold-Mexikaner waren 682, 5 % Silber-Mexikaner 446,50, 5 % Tehuantepec 482. Kassaindustriepapiere verkehrten lebhafter bei fester Stimmung. Maschinenfabrik Pokorny & Wittekind wurden mit 420 rationiert und stiegen um 20 %. Maschinenfabrik Eßlingen gewannen mit 294 11½ %. Maschinenfabrik Gritzner notierten 390, Lokomotivfabrik Krauß 375, Chamotte Annawerk 610, Hirsch Kupfer 362. Frankfurter Hof waren mit 422 schwach. Die Elektropapiere waren abgeschwächt. AEG. 276, Deutsch-Uebersee 1005, Lechwerke Augsburg 161. Von den chemischen Werten waren Höchster Farbwerke 406, Scheidenstadt 486. Die Montanpapiere lagen vernachlässigt. Harpener 454½, Mannesmann 568, Oberbedarf 303, Caro 290. Devisen sehr still. Antwerpen 469, Holland 2155, London 244½, Paris 447½, Schweiz 1057½, New-York 63½.

Leipzig, 11. März. (Priv.-Tel.) Die Börse verkehrte heute sehr behauptet bei regerem Geschäft. Maschinen- und Textilaktien erfuhren große Nachfrage und konnten Kursgewinne verbuchen. Auch Zuckeraktien waren begehrt, während Banken weiter still lagen. In festverzinslichen Werten bestand kein allzu großer Verkehr. Nur für Leipziger Stadtanleihe bestand erhöhtes Interesse. Es notierten höher: Mansfelder Kuxe von 4500 auf 4510, Germania Chemnitz von 377 auf 382, Hartmann Chemnitz von 317 auf 321½, Pittler Leipzig von 430 auf 433, Schönherr von 326 auf 350, Sondermann & Stier von 201 auf 207½, Wotsnwerke von 395 auf 400, Zimmermann Chemnitz von 257 auf 265, Mittweidaer Baumwollweberei von 280 auf 281, Kammgarn Harthau von 416 auf 419, Stöhr & Co. von 495 auf 502, Hugo Schneider von 344 auf 345. Dagegen hatten Kurseinbußen zu verzeichnen: Cothaer Privatbank von 164 auf 162, Leipziger Kammgarnspinnerei von 400 auf 398, Leipziger Wollkämmerei von 806 auf 800, Meeraner Kammgarnspinnerei von 349 auf 345, Mittweidaer Baumwollspinnerei von 450 auf 425, Ludwig Hupfeld von 285 auf 283, Piano Zimmermann von 390 auf 392½, Fritz Schulz jun. von 358 auf 356.

Leipzig, 11. März. (W. T. B.)

	10.	11.
Sächsische Rente	57,50	57,80
5 % Leipz. Stadtanleihe	97,85	97,60
Creditanstalt	153,75	153,75
Bank für Grundbesitz	139,75	139
Chemnitzer Bankverein	200	200
Leipz. Immobilien Gesellschaft	140	139
Ludwig Hupfeld	285	288
Piano Zimmermann	396	392,50
Leipz. Baumwollspinnerei	316	316
Sächs. Emaillier u. Stanzwerke vorm. Gebr. Gnüchtel	303	307
Stöhr & Co.	499	502
Thür. Wollgarnspinnerei	442,50	441,50
Sächs. Wollgl. vm. Tittel & Krüger	490	490
Tränkner & Würker	375	375
Chemnitzer Zimmermann	257	265
Germania	377	382
Peniger Maschinenfabrik	160	160
Leipz. Werkzeug Pittler & Co.	430	433
Wotan-Werke	395	400
Leipz. Kammgarnspinnerei	400 ex.	398
Hugo Schneider	344	345
Wurzner Kunstmühl. vm. Krietsch	160	158,50
Halle Zucker	300,50	307
Mittweidar Kratzen	384	379
Fritz Schulz jun.	358	356
Riebeck & Co.	195	190
Thüringer Gas	301,25	303

Dresden, 11. März. (Priv.-Tel.) Bei ziemlich ruhigem Geschäft in den gestern bevorzugten Werten war die Tendenz der heutigen Börse fest. Maschinen- und keramische Werte wiesen mehrfach Steigerungen von 10 bis 40 % auf. Nachbörslich entwickelte sich lebhaftes Geschäft in Vereinigte Speicherei Riesa bei einer weiteren Besserung um 14 %. Hartmann Maschinen wurden nachbörslich 4½ % höher, während Ermemann von ihrem anfänglichen Gewinn 10 % abgeben mußten.

3 % Sächs. Rente	57⅝	Expreß Fahrradfab.	179
3½ % S. Staatsanl.	82½	do. Vorz.-Akt.	210
3½ % Dresd. Stadtanleihe von 93	81	Mehlich Nähmasch.	420
Allg. Dt. Creditanst.	104,80	Stahlspparate A.-G. vorm. Seidel & Naumann	294
Dresdner Bank	207¼	Corona Fahrrad- u. Maschinenfabrik	220
Mitteld. Privatbk.	203	Dt. Gußstahlkugel	274½
Sächs. Bk. z. Dresd.	288½	Nürnb. Herkul.-W.	—
Dresdner Chromo- u. Kunstdr.	460	Schladitz-Werke	218
Ernemann-Werke	217⅞	Wanderer-Werke	619
Ica-A.-G.	195	Erste Kulmb. Exp.-Bierbrauerei	332
Mimosa-A.-G.	417	Hofbierbrauerei	—
Penig. Pat.-Papierf.	385	Schöfferhoff	180
Thodesche Papierf.	268	Hofbrauhaus Vorz. I	—
Unger & Hoffmann	218	Kieler Br. z. Eiche	171
Ver. Bautz. Papierf.	346	Kulmb. Rizzi Lit. A	170½
Ver. Strohstofffabr.	353	do. do. Lit. B	167
Chem. Zimmerm.-W.	264	Reichelbräu	295
Dresdn. Schnellpr.	211	Reisewitz. Brauerei	190
Eisenw. C. Meurer	337	Soc.-Br. Waldschl.	190½
Germania (Schwalbe & Sohn)	382	Dr. Malzf. v. Königl.	386
Grossenh. Webstuhl	478	Porzellanfab. Kahla	—
Carl Hamel	599¾	do. Veilsdorf	340
Hillewerke-A.-G.	259¾	do. Rauenstein	300
J. A. John	—	do. Rosenthal	714
König Friedrich-August-Hütte	220	Aeit. Volkst. Porz.	381
Max Kohl A.-G.	416¼	Dt. Thon- u. Steinz.	310
Lauchhammer	506¾	Meißn. Ofen u. Porz.	293
Maschinenf. Kappel	—	Glasind. Siemens	665¾
Masch. u. Werkz. Paaschen	278	Sächs. Glas Bertb. & Hirsch	402
Mühlenbauanstalt vorm. Seck	260	Steingut Sörnewitz	484½
Radeb. G.- u. E.-W. vorm. Gebler	289	A. Wunderlich & Co.	300
Sächs. Autom. u. Türschließer	111	Braunk. Leonhardt	1080
Sächs. Gußst. Döhl.	970	Chem. F. Heffebenrg	360
Sächs. Maschinen Hartmann	323	do. vorm. Heyden	385
Sächs. W. Schönh.	350	Gehe & Co. A.-G.	505
Schubert & Salzer	422	Geraer Strickgarn	529
Sondermann & Stier	208	Sächs. Kammgarn	415
Ver. Eschebach-W.	400	Deutsche Kunstled.	244
Werkz. u. Masch.-Fabrik Union	370	Dittersdorfer Filz	651
Zittauer Masch.-Fb.	210	A.-G. f. Cart.-Ind.	384
Bergm. Elektr.-W.	310	G. A. Jasmatzi A.-G.	102
Elektra-A.-G.	140	Dr. Gard. u. Spitzen	304
Elekt.-A.-G. Pöge	250	Dr. Preßh. u. Korns.	602
Sachsenwerk Licht und Kraft	310	Plauen. Spitzenfab.	235
		Ruscheweyh A.-G.	175
		Sä.-Böhm. Dampfs.	125
		Sächs. Stickereiban	154
		Speich. u. Sp. Riesa	346
		Ver. Elbeschiffahrt	350
		Dresdner Bauges.	172

Hamburg, 11. März. (W. T. B.) (Schlußkurse.)

Tendenz: Ziemlich fest.	Geld	Brief	bezahlt
Deutsch-Austr. D.-Ges.	—	480	468—469,50
D. Dampfsch.-G. Kosmos	—	—	—
Deutsch-Ost-Afrika-L.	258	262	—
Hapag	—	—	187,75—188,75
Hamburg-Süd-Amerika	—	—	390—399,50
Norddeutscher Lloyd	—	—	180,25—181
Verein. Elbeschiffahrt	326	329	—
Hamb.-Br. Afrikalinie	—	—	—
do. do. junge	—	—	—
Schantungbahn	555	565	—
Brasilianische Bank	510	520	—
Comm.- u. Privat-Bank	—	—	—
Vereinsbank	197	199	—
Allg. Elektr.-Ges. ult.	—	—	275,50—277
Deutsch-Luxemb. ult.	303	306	—
Phönix ult.	573	576	—
Schuckert ult.	—	—	229,50—234
Alsen Portland-Zement	410	420	—
Anglo Continental	380	390	—
Asbest Calmon	324	326	—
Hemmoor Zement	—	570	—
Cuxhav. Hochseefischer.	390	400	—
Dynamit Nobel	—	—	—
Gerbstoff Renner	424	430	—
Nordd. Jutespinnerei	390	—	—
Lederwerke Wiemann	390	400	—
Reiherstieg Schiffswerft	275	—	—
Thörls Oelfabriken	735	745	—
Wandsbeker Lederfabr.	373	375,50	—
Winterche Papierfabr.	—	300	—
Merckesche Gunno	418	425	—
Harburg-Wiener Gummi	361	—	—
Kaoko	—	—	180
D. Handels-Plantageng.	400	420	—
do. Genuß	3850	3850	—
Sloman Salpeter	—	—	1890
Deutsch-Uebersee Elek.	—	—	1000
Jaluit Gesellschaft	—	525	—
do. do. Genuß	3300	3500	—
Kolmanskop	—	—	—
Neuguinea	550	560	—
Otavi Minen-Anteile	630	640	—
do. do. Genuß	530	540	—

Düsseldorf, 11. März. (Priv.-Tel.) Die Börse verkehrte bei sehr ruhigem Geschäft in nicht einheitlicher Tendenz. Während auf dem Kohlenmarkt die Kurse durchweg nachgeben mußten, fanden Kaliwerte größeres Interesse. Bevorzugt lagen wieder namentlich die Werte des Wilhelm Sauer-Konzerns, die ihre Kurse ansehnlich aufbessern konnten. Auch Kaliaktien waren etwas lebhafter. Es notierten u. a. Konstantin 220 000 zu 235 000, Ewald 180 000 zu 190 000, Fröhliche Morgensonne gestr. 68 000, Graf Bismarck 167 000 zu 177 000, Graf Schwerin 88 000 zu 90 000, Helene Amalie 125 000 gestr., König Ludwig 175 000 zu 185 000, Lothringen gestr., Burbach 61 000 zu 65 000, Glückauf Sondershausen 64 000 zu 65 500, Kaiserroda gestrichen, Neu-Staßfurt 68 000 zu 70 000, Wilhelmshall 35 000 zu 38 000.

Köln, 11. März. (W. T. B.) (Amtliche Notierungen.)

	Brief	Geld
Holland	2157,30	2153,80
Frankreich	448,30	447,50
Belgien	467,90	466,90
Dollarnoten	62,57	62,43
England	245,00	244,50
Schweiz	1058,60	1056,60
Italien	230,25	229,75
Kopenhagen	1081,10	1078,90
Kristiania	1026,05	1023,95
Stockholm	1516,55	1513,55
Spanien	855,90	850,10
Prag	82,34	82,16
Budapest	1517,00	1513,00
Wien (alte)	—	—
Wien (neue)	13,27	13,23

Wien, 11. März. (W. T. B.) Die heutige Börse stand unter dem Eindruck des scharfen Rückganges der fremden Valuten, in welchen große Positionslösungen erfolgten, und verlehrte infolgedessen auch auf dem Effektenmarkte in schwacher Haltung. Dies um so mehr, als der knappe Geldstand in der Versorgung und der Wochenschluß die Spekulation zu Realisationen veranlaßte. Einer empfindlichen Ermattung erlaßen namentlich die valutarischen Papiere, welche um Hunderte von Kronen rückgängig waren. Eine günstige Ausnahmestellung nahmen lediglich Länderbank-Aktien ein, die um mehr als 500 Kronen stiegen, — eine Bewegung, welche mit Kontermine-Deckungen infolge starken Fallens der Aktien in der Versorgung motiviert wurden. Als die Deckungen aufhörten, schwächten sich die Aktien wieder um 250 Kronen ab. Auch sonst blieb die Stimmung in der Kulisse eine gedrückte, während sich der Schranken wiederstandsfähiger erwies. Auf dem Anlagemarkte waren Notenrenten unverändert, österreichische Goldrente stärker rückgängig. Kriegsanleihe schwächten sich um ⅜ % ab.

Wien, 11. März. (W. T. B.) Notierungen der Devisenzentrale.

	10.	11.
Berlin	1193,50	1170
Amsterdam	25950	24700
Zürich	128,25	121,25
Kopenhagen	12675	12625
Marknoten	1195	1169
London	2920	2815
Paris	5360	5130
Lirenoten	2785	2650
Jugoslawische Noten	2010	1933
Tschechoslowakische Noten	973,60	956,50

Prag, 11. März. (W. T. B.) Notierungen der Devisenzentrale.

	10.	11.
Berlin	119,75	120,75
Marknoten	119,75	120,75
Wien	9,68	9,85

Zürich, 11. März. (Priv.-Tel.) Amtliche Notierungen der Devisen-Zentrale.

	10.	11.
Berlin	**9,40**	**9,40**
Wien	1,17½	1,17½
Prag	7,70	7,70
Holland	204,30	203,75
New-York	5[illegible],00	591,00
London	28,17	28,13
Paris	42,30	42,30
Italien	21,85	21,70
Brüssel	44,35	44,30
Kopenhagen	100,00	101,00
Stockholm	133,25	132,50
Kristiania	96,00	95,00
Madrid	82,50	82,00
Buenos Aires	210,00	210,00

Kopenhagen, 11. März. (W. T. B.)

	10.	11.
Sichtwechsel auf Hamburg	9,50	9,50
do. London	22,90	22,85
do. New-York	585,00	585,00
do. Paris	41,75	41,65
do. Antwerpen	44,05	43,75
do. Zürich	99,00	99,00
do. Amsterdam	202,00	201,75
do. Stockholm	131,65	131,65
do. Kristiania	95,00	95,00
do. Helsingfors	17,00	15,50

Stockholm, 11. März. (W. T. B.)

	10.	11.
Sichtwechsel auf Berlin	7,15	7,20
do. London	17,43	17,41
do. Paris	32,00	32,00
do. Brüssel	33,75	33,75
do. schweiz. Plätze	75,50	75,40
do. Amsterdam	153,50	153,50
do. Kopenhagen	76,00	77,50
do. Kristiania	72,00	73,50
do. Washington	448,00	445,00
do. Helsingfors	12,50	12,30

Kristiania, 11. März. (W. T. B.)

	10.	11.
Sichtwechsel auf Hamburg	9,90	9,75
do. London	24,10	23,90
do. Paris	44,50	44,00
do. New-York	630,00	612,00
do. Amsterdam	215,00	211,00
do. Zürich	105,50	103,50
do. Helsingfors	17,50	17,00
do. Antwerpen	46,50	45,75
do. Stockholm	140,50	137,00
do. Kopenhagen	105,50	109,75

Amsterdam, 11. März. (W. T. B.)

	10.	11.
Wechsel auf Berlin	4,60	4,65
„ „ Wien	0,55	0,62½
„ „ London	11,36	11,36¼
„ „ Paris	20,72½	20,80
„ „ Schweiz	49,65	49,15
„ „ Kopenhagen	49,40	50,40
„ „ Stockholm	65,27½	65,30
„ „ Kristiania	47,25	47,75
„ „ New-York	291,50	290,50
„ „ Brüssel	21,67½	21,72½
„ „ Madrid	40,70	40,50
„ „ Italien	10,65	10,75
5% Niederl. Staatsanleihe v. 1915	86 7/16	86 7/16
3 % Niederld. Staatsanleihe	57⅞	58
Königl. Niederländ. Petroleum	550	550½
Holland-Amerika-Linie	272	270
Atchison, Topeka & Santa Fé	—	—
Rock Island	—	—
Southern Pacific	90	88⅞
Southern Railway	25	24⅞
Union Pacific	138	137
Anaconda	88	88 7/16
United States Steel Corp.	97	95

Paris, 11. März. (W. T. B.)

	10.	11.
5 % Französische Anleihe	83,95	83,95
4 % „ „	67,60	67,60
3 % „ Rente	58,25	58,75
4 % Spanische äußere Anleihe	—	—
5 % Russen von 1906	80,50	80,50
3 % Russen von 1896	19,00	19,50
4 % Türken unif.	45,50	46,75
Banque de Paris	1365	1398
Crédit Lyonnais	1530	1530
Suez-Kanal	6275	6345
Baku	2235	2220
Lianosoff	462	457
Maltzeff	335	337
Le Naphta	390	395
Toula	375	350
Rio Tinto	1350	1360
De Beers	573	580
Goldfields	50,75	51,00
Tanganyka	74,25	76,00
Randmines	—	122,00

Marktberichte.

— Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrates. (Vom 5.—11. März 1921. Das Geschäft in Mais drehte sich in Deutschland zunächst in der Hauptsache um bahnstehende oder nahe Ware, welche in Deckung gesucht war, sich aber ziemlich knapp machte. Auch für März war die Geschäftslage im Laufe der Woche recht fest geworden, denn die scharfe Steigerung der Bahnfrachten vom 1. April ab zwingt die Verkäufer, ihre Märzabschlüsse ohne Forderung einer Nachfrist prompt bis zum 31. März zu erfüllen, weil sie sonst für jeden Schaden des Käufers, also hier speziell für die gesteigerte Bahnfracht, aufzukommen haben.

In Amerika hat die regelmäßige Erhebung der Getreidebestände in den Händen der Farmer am 1. März wie gewöhnlich stattgefunden und, wie erwartet, ziemlich umfassende unsichtbare Vorräte in den Händen der Farmer festgestellt. Mit 207,2 Mill. Bushels Weizen sind noch 26,4 % der letztjährigen Ernte im Besitze der ersten Hand, eine prozentuale Menge, die wohl kaum je früher um diese Zeit erreicht ist. Diese großen ersthändigen Getreidevorräte sind es hauptsächlich, welche in Amerika die Unternehmungslust vorsichtig machen. Aber die Tatsache, daß die Farmer mit den gegenwärtigen Preisen schon nicht auskommen, und daß die Befürchtung einer Abnahme des Frühjahrsweizens- und des Maisanbaues besteht, gibt drüben der jetzigen Wertlage im allgemeinen eine Stütze.

Getreidenotierungen in Mark je Tonne, umgerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurse. Die Zahlen in Klammer geben in Mark das Steigen (+) bzw. Sinken (—) der Preise im Vergleich zur Vorwoche an. Chicago, 8. März. Weizen per März 3909 (+ 21), Mai 3742 (+ 56). Mais per Mai 1778 (+ 30), Juli 1830 (+ 22). — Berlin, 10. März. Mais frei Kaiwaggon Hamburg loko 149 (+ 4), März 145—146 (+ 7), April 135 (— 1), Mixed gesund handelsüblich März 136 (+ 5).

Kartoffelpreise der Notierungskommissionen. Erzeugerpreise für Speisekartoffeln in Mark je Zentner ab Verladestationen:

	weiße	rote	gelbfleisch.
Berlin, 8. März	38—40	38—40	38—40
Magdebg., 7. „	37—39	37—39	40—42
Schwerin M., 4. „	38—41	36—38	—
Hannover, 7. „	Speisekartoffeln 36—40,		
Breslau, 7. „	Speisekart. 34, unverles. 20—22,		
Köln a. Rh., 8. „	Nordd. gelbf. Spätkart. 50—52,		
	„ weiße „ 48,		
	„ Pflanzkartoffeln 57—70,		
	Holl. gelbfl. Speisekart. 44—44,50.		

Zuckermarkt. Mitteilung des Statistischen Bureaus von F. O. Licht. Ueber die vermutliche Größe der künftigen Rübenanbaufläche liegen weitere Einzelnachrichten vor. Namentlich in den Gebieten, die in den Vorjahren eine besonders auffallende Einschränkung der Rübenanbaufläche vorgenommen hatten, sind offenbar beträchtliche Wiederausdehnungen zu erwarten. Vielfach waren Ziffern genannt; doch ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um namentlich für den Osten Deutschlands einen klaren Ueberblick zu gewinnen.

Hamburg, 11. März. (W. T. B.) Notierungen des Metall-Vereins in Hamburg. Herausgegeben von der Metall-Abteilung der Makierbank.

	Br.	Gd.	bez.
Silber (ca. 900, Preis für 1000/1000)	950	940	—
per März	915	935	—
per April	935	925	—
per Mai	925	915	920—930
Zink Hüttenroh, prompt	535	550	—
per März	560	550	—
per April	545	535	—
per Mai	530	520	—
do. umgeschmolzen	375	365	—
Blei, dopp. raff. Orig.-Hüttenweichblei, Lager	485	470	—
do. Original ab Hütte	480	470	—
do. dopp. raff. Weichblei	460	440	—
Zinn, Banka Straits	41	39¾	—
do. deutsches, mind. 99 %	—	—	—
Kupfer, greifb. Cathoden	17¼	16¾	—
do. Raffinade	16¼	15½	—
do. Wirebars	17¾	17¼	—
Quecksilber	77	74	—
Antimon	7	6¼	—
Nickel	—	—	—
Aluminium	—	—	—
Elektrolytic	—	—	—

Hamburg. 11. März. **Getreidemarkt.** Platz-Mais verkehrte bei kleinen Umsätzen stetig. Loko 149, März 146, April 136, Mai 133, Juli/Oktober 112. Oelkuchen. Ruhig. Harburger Leinkuchen 128, andere 124—125, Rapskuchen 57—58, Kokos- und Palmkuchen 80—90. Hülsenfrüchte. Pferdebohnen 124—125, Futtererbsen 105—115, Viktoriaerbsen 140—150.

Der Verein der Getreidehändler an der Hamburger Börse berichtet: Die Tendenz des heutigen Marktes war nach anfänglich Schwäche etwas befestigt. Mais loko ab Boden 155—165, La Plata ab Kaiwagen 149—150, Mixe 146—148, April 136 bis 138, Mixed fällig 142—143, März 137—138.

Von Hülsenfrüchten waren Ackerbohnen ruhig. Oelkuchen waren bei zunehmender Nachfrage weiter befestigt.

Kaffeemarkt. Brasiliofferten lagen nicht vor, würden auch bei der gegenwärtigen Lage keine Aufnahme finden. Der Lokoabzug ist aus demselben Grunde sehr begrenzt.

Reismarkt. Bei kleinem Geschäft war die Tendenz fest. Durmah 4,10, Saigon 4,10, Fancy Screenings 4,20, Bruchreis war gefragt. Prima Bruch 3,20, Choice Screenings 3,00.

Gewürzmarkt. Unverändert. Piment 7,75, schwarzer Pfeffer 7,10, weißer Pfeffer 13,25. Getrocknete Früchte waren reger. Ringäpfel und Aprikosen waren gesucht. Pflaumen unverändert. Auch Kokos war wieder reger. Mittel notierte 18,25, weniger gesucht war fein zu 17,50.

Schmalz. Knapp. Div. Standardmarken in Tierces 33½—34 $, in Firkins ½ $ teurer. Hamburger Schmalz in Dritteltonnen 23 ℳ das Kilogramm. Großes Geschäft bestand in Corned Beef zu 240 per Kiste zu 48 Dosen à 12 Unzen netto frei hier.

Versteigerungen. Im Auktionssaal der Hamburger Börse wurden meistbietend versteigert: 15 to Fancy Vollreis für 4,75—4,85, 118 Sack Brasilreis für 3 ℳ, 45 Posten kalifornischer Reis für 5,10, 130 Zentner Kokoskuchen für 60 ℳ für den Zentner.

Bremen, 11. März. (W. T. B.) Baumwolle 18½.

Amerikanische Börsenberichte.

(Funkdienst des W. T. B.)

New-York, 11. März.
Wechsel auf Berlin Schlußkurs 1,58.